

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 Pf.
(davon 67 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vollbezug 3.97 Pf. einschließlich 60 Pf.
Leitung- und 72 Pf. Vorkosten für
Löhren, Wasserabonnement 5.55 Pf.
pro Monat; für Käufer mit ermäßig-
tem Druckporto 4.65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntage und Montags
einmal, die Morgenausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Dtsch.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Die einblatt. Millimeterzelle 30 Pf.
Kleinzeile 2.- Pf. „Kleine An-
zeigen“ das festschriebene Wort 20 Pf.
(zulässig zwei festschriebene Worte, jedes
weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-
zelle 25 Pf. Familienanzeigen Milli-
meterzelle 10 Pf. Anzeigenannahme
im Bauzeitungsbereich Lindenstraße 3,
wöchentlich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht gezogener Anzeigen vor!

Herriot und Deutschland.

Erklärungen über seine künftige Außenpolitik.

Paris, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Herriot hat sich im Laufe einer Unterredung, die er einem Redakteur des „Paris Midi“ gewährte, sehr zurückhaltend über die Regierungsbildung, aber sehr deutlich über seine Reparations- und Abrüstungspolitik ausgesprochen.

Herriot sagte: „Ich halte mich an die einfachen und festen Grundsätze, die ich unaufhörlich über die

unverjährbaren Rechte,

welche Frankreich auf Grund der Verträge und freiwillig unterzeichneten Abkommen besitzt, bekräftigt habe. So betrachte ich als eine absolute Notwendigkeit die Anerkennung unserer Schuldforderungen. Man kann über etwaige Zahlungsarrangements nicht diskutieren, solange diese Forderungen nicht anerkannt sind.“

Auf den Einwurf des Journalisten, daß Deutschland die Rechte Frankreichs bestreiten und darüber diskutieren wolle, erklärte Herriot: „Das ist eine schlechte Methode. Wenn es wahr sein sollte, daß Deutschland geltend machen will, es habe schon mehr bezahlt als es schulde, müßten seine Ziffern Sachverständigen unterbreitet werden. Aber wie konnte Deutschland freiwillig die Verpflichtungen des Young-Planes unterzeichnen, wenn es nicht durch die Wahrheit der Ziffern dazu gezwungen gewesen wäre? Wir werden eine sehr vorsichtige und sehr genaue Außenpolitik führen müssen. Der geringste Exzeß würde die radikalen Forderungen eines Hitler begünstigen und die geringste Schwäche würde sie ermüden. Was die Abrüstung anbelangt, hat man mir die Absicht zugeschrieben, Ersparnisse bei der Landesverteidigung zu machen. Das trifft für unnütze Kasernenbauten und für jede andere Verteidigungsmäßnahme zu, die einer Vergeudung gleichkommen würde. Aber im übrigen kann ich

nichts an der Sicherheitsrüstung Frankreichs ändern.

Ich möchte sie im Gegenteil vervollkommen und modernisieren, bis solide internationale Garantien den Völkern gegeben werden, die an der Organisation eines wahren Friedens arbeiten.“

Diese Erklärungen Herriots stellen eine klare Antwort auf die letzte Reichstagsrede Dr. Brüning dar, die vor allem in Frankreich einen sehr ungünstigen Widerhall gefunden hat. Das liegt aber vielleicht daran, daß man nur das Negative aus dieser Rede herausgelesen hat, das der Reichskanzler anscheinend aus innenpolitischen Gründen glaubte besonders hervorheben zu müssen. Eine grundsätzliche Nichtanerkennung der deutschen Reparationsschulden ist unseres Wissens durch Dr. Brüning weder bisher ausgesprochen worden, noch wird sie beabsichtigt. Aber der Eindruck einer solchen schroffen Stellungnahme ist in der Tat draußen erweckt und als eine außenpolitische Unterwerfung des Reichskanzlers unter das Diktat Hitlers gedeutet worden.

Das einzige Erfreuliche an diesen Erklärungen Herriots scheint uns die Bereitwilligkeit zu sein, die Behauptung der deutschen amtlichen Stellen, daß Deutschland schon mehr bezahlt habe, als es schulde, Sachverständigen zu unterbreiten. Gemeint ist damit offenbar jenes internationale Schiedsgericht, das Léon Blum vor Monaten zu diesem Zweck vorgeschlagen hatte und das Deutschland seinerzeit anzunehmen bereit war.

Die bisherige französische Regierung stand dem Vorschlag ablehnend gegenüber, weil sie daraus eine nachträgliche Desavouierung der seligen Reparationskommission befürchtete. Herriot scheint dagegen diese Nachprüfung nicht mehr von vornherein zu verweigern, und darin liegt unbestreitbar ein Fortschritt. Eine kluge deutsche Diplomatie, die nicht aus Angst vor den Nationalsozialisten unerreichbaren Zielen nachjagt, müßte diesen Fortschritt wahrzunehmen verstehen.

Was indessen Herriot in diesem Zusammenhang hinzugefügt hat, ist absolut nicht stichhaltig. Die Höhe der bisherigen Leistungen Deutschlands stand im Haag überhaupt nicht zur Debatte. Herr Schacht, Deutschlands Hauptdelegierter auf der vorangegangenen Pariser Sachverständigenkonferenz hat diesen Punkt überhaupt nie zur Sprache gebracht, sondern an dem Zahlungsplan des Young-Komitees mitgewirkt, ohne die Frage der bisherigen Leistungen Deutschlands zu berühren. Für Deutschlands „freiwillige“ Zustimmung zum Dawes-Plan 1924 war übrigens vor allem die Notwendigkeit maßgebend, das Ruhrgebiet frei zu bekommen, ebenso wie im Haag 1930 die Befreiung des besetzten Rheinland maßgebend war. Daß der Young-Plan praktisch überholt und undurchführbar ist, das haben die Basler Sachverständigen anerkannt, einschließlich des französischen Vertreters Professor Rist. Herriot mag die Rechte Frankreichs als „unverjährbar“ bezeichnen, aber die Wirtschaftsentwicklung ist über diese selbstgefällige Betrachtungsweise tatsächlich längst hinweggeschritten: der Young-Plan war auf sechzig Jahre hinaus aufgestellt, aber schon nach weniger als zwei Jahren waren sich alle Delegierten in Basel darüber einig, daß er unhaltbar geworden ist!

Was Herriot über Abrüstungsfragen sagte, ist nur als ein relativer Fortschritt gegenüber der bisherigen Haltung Tardieu zu werten. Er gibt wenigstens indirekt zu, daß Frankreich manche Summe bisher vergeudet hat. Aber mit dem Bekenntnis, daß er nichts an der „Sicherheitsausrüstung“ Frankreichs ändern werde, läßt sich bequem jede wirkliche Rüstungseinschränkung genau so durchkreuzen, wie das bislang in Genf unter Tardieu geschehen ist. Es sei denn, daß die künftige Regierung, für die Herriot spricht, eine weniger militärische Auffassung der „Sicherheit“ vertritt als die bei den Wahlen geschlagene Regierung — was abzuwarten ist!

Fort mit den Rüstungen!

Ausklang der sozialistischen Konferenz.

Zürich, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Die gemeinsame Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde am Montagabend beendet.

Von den vier angenommenen Entschlüssen behandelt die erste die technischen Probleme der Abrüstung. Sie fordert das Verbot der Offensivwaffen, die Internationalisierung der zivilen Flugschiffahrt und Beschränkung der Rüstungsaufgaben, durchgreifende Herabsetzung für alle anderen Rüstungskategorien und internationale Kontrolle. Die anderen Entschlüsse betreffen die Abschaffung der privaten Waffenerzeugung und die Regelung des internationalen Waffenhandels, die Bedeutung der Demokratie im Kampf um die Abrüstung und die gegenwärtige weltpolitische Lage. Die vierte Entschlußfassung endet mit den Worten: „Wenn die Herrscher der kapitalistischen Welt sich als unfähig erweisen, die politischen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die gegenwärtige Krise überwunden, die Katastrophe, die die Welt beherrscht, abgewendet werden kann, wird das Proletariat selbst allein die Aufgabe übernehmen müssen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse der ganzen Welt auf den Ernst der gegenwärtigen Lage und fordert sie auf, sich zum Kampf bereitzuhalten.“

Der Vorsitzende schloß die Konferenz mit einer Rede, in der er die geschichtliche Bedeutung des ersten Zusammenwirkens der beiden

großen Zweige der internationalen Arbeiterbewegung in einer öffentlichen Konferenz hervorhob.

Japans Militärs setzen sich durch.

Der neue Ministerpräsident will ihre Wünsche erfüllen.

Tokio, 23. Mai.

Admiral Saito, der mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, hat Montag den japanischen Kriegsminister Arai, den Chef des japanischen Generalstabes Prinz Kanin und dessen Gehilfen, General Misaki, empfangen. Daraus verhandelte Saito mit Wakatsuki und anderen politischen Führern. Er erklärte, sein Kabinett werde versuchen, allen Wünschen der japanischen Armee und Marine gerecht zu werden.

Wohin der Kurs geht, zeigt deutlich der Entschluß des bisherigen Außenministers Yoshizawa, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Yoshizawa hatte Japan im Völkerbundsrat noch im Herbst vertreten und versuchte dort bis zu einem gewissen Grade, auf die Stimmung der übrigen Welt gegenüber dem Raubzug in der Mandchurie und dem Massaker in Schanghai Rücksicht zu nehmen. Sodann war er als Außenminister bestrebt, den wilden Forderungen der Militärs Widerstand zu leisten. Offenbar hat er keine Lust, das Schicksal Inakais zu teilen, und sieht er ein, daß er in der neuen Regierung nichts zu suchen hat. Daraus läßt sich schließen, wohin der Kurs geht.

Preußen — wohin?

Zur Eröffnung des neuen Landtags.

Mit der heutigen Eröffnung des neugewählten Landtags tritt Preußen seinen großen Marsch durch den Nebel an. Die alte aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten bestehende Mehrheit, die solange den festen Grundstock nicht nur des preussischen Freistaats, sondern auch der deutschen Republik bildete, ist gesprengt. Der neue Landtag sieht so aus:

Nationalsozialisten	162
Sozialdemokraten	94
Zentrum	67
Kommunisten	57
Deutschnationale	31
Volkspartei	7
Staatspartei	2
Christlichsoziale	2
Welfen	1
423	

Zur Mehrheit braucht es 212 Stimmen. Die gesamte Rechte zählt 203 oder 9 zu wenig. Die Weimarer Koalition bleibt mit 163 Stimmen noch um 40 hinter ihr zurück. Dagegen verfügen die beiden Parteien, die die entschiedensten Gegner der Demokratie sind, Nationalsozialisten und Kommunisten, zusammen über 219 Sitze; sie können aber miteinander eine Mehrheit nicht bilden. Zentrum und Nazis verfügen zusammen über 229 Sitze; sie könnten also, rein zahlenmäßig gesehen, auch ohne die Deutschnationalen und die sonstigen Rechtsplitter, miteinander regieren. Aber mit den Deutschnationalen oder ohne sie — das Entscheidende bleibt, daß eine Mehrheitsbildung ohne das Zentrum unmöglich ist.

Nach der Verfassung bedarf die Regierung des Vertrauens des Landtags, das heißt seiner Mehrheit. Hat eine Regierung das Vertrauen des Landtags verloren, so amtiert sie weiter, bis ein neuer Ministerpräsident gewählt ist, der seine Ministerkollegen ernannt. Die Wahl des Ministerpräsidenten muß mit absoluter Mehrheit erfolgen. So schreibt es die Geschäftsordnung jetzt vor nach der Aenderung, die der alte Landtag in seiner letzten Sitzung beschlossen hat. Zuvor war es so gewesen, daß nach einem ergebnislosen ersten Wahlgang eine relative Mehrheit in der Stichwahl entschied. Das Weiterbestehen dieser Bestimmung würde zur Folge gehabt haben, daß im zweiten Wahlgang ein Ministerpräsident gewählt worden wäre, der nie das Vertrauen des Landtags besessen hat, der aber gleichwohl die Möglichkeit hätte, sein Amt als „geschäftsführender“ Ministerpräsident zu führen. In der Verfassung ist nicht näher bestimmt, welche Rechte ein „geschäftsführender“ Ministerpräsident hat — darum wäre es im höchsten Grade gefährlich, das „geschäftsführende“ Ministerpräsidium in die Hand einer Partei gleiten zu lassen, die grundsätzlich den demokratischen Parlamentarismus verneint und die Diktatur bejaht. Die Aenderung der Geschäftsordnung war notwendig, um den Forderungen der Verfassung zu genügen; ihre Rückgängigmachung könnte nur durch eine nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit erfolgen. Nun erklären die Kommunisten neuerdings in ihrer Presse, sie würden alles tun, um die Nazis an der Machtergreifung zu hindern. Handeln sie dieser Erklärung gemäß, so werden sie gegen eine Rückgängigmachung der getroffenen Aenderung stimmen. Die Geschäftsordnung wird bleiben wie sie ist. Das heißt dann: solange sich nicht Zentrum und Nazis auf die Wahl eines Ministerpräsidenten geeinigt haben, verbleibt es bei der Pflicht der alten Regierung, die Geschäfte weiterzuführen.

Wie sich Nazis und Zentrum einigen könnten, ist auch noch nicht zu sehen. Ganz davon abgesehen, daß sie schon in den preussischen Dingen von weitem sehr verschiedener Meinung sind, steht auch die Reichspolitik zwischen ihnen. Das Zentrum denkt augenscheinlich nicht daran, seinen Kurs im Reiche zu ändern, es wird sich schwerlich in Preußen an der Bildung einer Regierung beteiligen, deren Hauptaufgabe darin besteht, die bisherige Politik des Zentrums im Reiche unmöglich zu machen.

Ernste Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum sind bis zur Stunde nicht geführt worden — nicht einmal über die Wahl des Landtagspräsidenten. Der Landtag wird sich heute nach seiner Konstituierung gleich wieder vertagen, um solchen Verhandlungen Raum zu geben, und es ist vorauszusehen, daß die Nazis dabei auf einen sehr harten Unterhändler stoßen werden. Selbst wenn diese Verhandlungen zu dem Erfolg führen, daß Herr Kerrl oder ein anderer Nazi zum Landtagspräsidenten gewählt wird, so muß doch

nach den preussischen Bestimmungen die Präsidentenwahl nach einer Bewährungsfrist von vier Wochen wiederholt werden. Die Nazis werden also noch einmal nach Canossa müssen.

Wird wirklich, nach vier Wochen endgültig, ein Hakenkreuzler Landtagspräsident, so wird das die weiteren Verhandlungen über die Neuwahl eines Ministerpräsidenten nicht erleichtern, sondern erschweren. Die Nazis werden den Ministerpräsidenten für sich verlangen. Das Zentrum kann ihnen aber neben dem Landtagspräsidenten nicht auch noch den Ministerpräsidenten konzedieren, ohne die ganze Macht aus den eigenen Händen in fremde — und was für Hände! — zu legen.

Die Nazis glauben, als stärkste Trumpfkarte die Auflösung des Landtags und Neuwahlen in der Hand zu haben. Aber wenn sie nicht über den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten zugleich verfügen, und wenn sie mit der Hilfe der Kommunisten nicht rechnen können, dann können sie auch nicht auflösen, wann es ihnen beliebt. Außerdem sind Neuwahlen eine Waffe, die unter Umständen auch nach hinten losgeht. Daß die Nazis für sich allein die Mehrheit bekommen, ist so gut wie ausgeschlossen, aber auch daß die gesamte Rechte es auf über 50 Proz. der abgegebenen Stimmen brächte, ist nicht sehr wahrscheinlich, zumal die Arbeitermassen von dem schlappen Fatalismus, der weite Bürgerkreise ergriffen hat, sehr weit entfernt sind.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in dieser Situation ist: beobachten, rüsten und sich zum Eingreifen bereithalten. Ob die Nazis „herankommen“, hängt nicht von uns, sondern vom Zentrum und von den Nazis selbst ab. Ob sie als Regierungspartei abwirtschaften oder weiter als Opposition Fett ansetzen, ob sie Legalität heucheln oder ob sie den Staatsstreich riskieren, auf alle Fälle bleibt unsere Parole: Kampf! Kampf und abermals Kampf!

Preußen hat den großen Marsch durch den Nebel angetreten, und dieser Marsch geht an Abgründen vorbei. Aber der Weg hinauf ins klare Licht bleibt unverloren, solange die Sozialdemokratie stark bleibt!

Zwei Anträge.

Ein Aufruf zum Landtagszusammenritt.

Dem neuen Landtag liegen zwei Anträge vor, der eine von den Sozialdemokraten, der andere von den Nationalsozialisten. Der sozialdemokratische Antrag verlangt vom Landtag, das Staatsministerium zu ersuchen:

im Sinne des Schreibens des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler vom 30. April 1932 mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung auch weiterhin dahin zu wirken, daß

1. die gesetzlich zulässige Arbeitszeit in allen Betrieben wesentlich herabgesetzt wird, so daß dadurch eine andere Verteilung der vorhandenen und noch zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten erreicht wird.
2. jede Gelegenheit zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten voll ausgenutzt wird.
3. eine Vereinfachung der Unterstützungen herbeigeführt wird durch Zusammenfassung der Arisen- und Wohlfahrtsfürsorge nach völlig gleichen Grundsätzen für die Bedürftigkeitsprüfung und Unterstützungssätze.

Und der nationalsozialistische Antrag? Berührt er das krennendste Problem der Notzeit? Hier ist er:

„Der Landtag wolle beschließen: Zur Prüfung der für die preussische Polizei innerhalb der letzten 13 Jahre gemachten persönlichen und materiellen Beschwerden wird sofort ein Untersuchungsausschuss von 29 Mitgliedern eingesetzt; zur Prüfung der preussischen Rechtspflege unter Berücksichtigung der von Gottfried Zarnow der Justiz gemachten Vorwürfe wird sofort ein Untersuchungsausschuss von 29 Mitgliedern eingesetzt.“

Die sachliche Politik, die von tiefer Sorge um die Not des Volkes getragen ist, und die unfruchtbare Hege zum Zweck des Volksbetrugs — hier stehen sie einander gegenüber!

Besser konnte die Haltung und das Wesen beider Parteien beim Beginn der Landtagsverhandlungen nicht bezeichnet werden als mit diesen Anträgen!

Sitzung der Landtagsfraktion.

Genosse Wittmann als Kandidat für die Präsidentenwahl aufgestellt.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hielt am Montagabend im Preussischen Landtag ihre erste Fraktionssitzung nach den Neuwahlen ab. Nach einer längeren politischen Aussprache wurde der Vorstand, wie die Fraktion ihn im alten Landtag hatte, wiedergewählt. Fraktionsvorsitzende wurden die Genossen Heimann, Velnert und Winger, Fraktionsgeschäftsführer Genosse Jürgen.

Die Fraktion beschloß weiter, zu den Wahlen für das Präsidium des Landtags den bisherigen Landtagspräsidenten Wittmann als Kandidaten für den Präsidentenposten zu nominieren. Verhandlungen über die Präsidentenwahl haben zwischen den Parteien bisher nicht stattgefunden.

Der neue Bayerische Landtag.

Zusammentritt am 31. Mai.

München, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Der neue Bayerische Landtag tritt am 31. Mai zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die Tagesordnung erschöpft sich in der Wahl des siebenköpfigen Landtagsdirektoriums, in dem die Sozialdemokraten durch den zweiten Vizepräsidenten vertreten sein werden.

Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung sind bisher noch nicht geführt worden.

Reichsaußenminister a. D. Dr. Culeus ist jetzt auf einer Auf-landreise; er hat den stellvertretenden Außenkommissar Krejstinski besucht.

Nazitanz um Notverordnungsanträge.

Sie wollten sich vor ihren eigenen Anträgen drücken.

Der Haushaltsausschuss hatte bei seiner Bingswertagung, nachdem er seit Januar ständig beisammen war, auf Vorschlag seines Vorsitzenden Abg. Heimann (Soz.) einstimmig beschlossen, bei Wiederzusammentritt vor Beginn der Haushaltsberatung zuerst die noch vorliegenden Anträge über Aufhebung einzelner oder aller Notverordnungen zu beraten und zu erledigen. Dazu gehört auch ein sozialdemokratischer Antrag auf eine Reihe von Änderungen der dritten Notverordnung vom Oktober 1931. Alle Anträge über Aufhebung oder Änderung von Notverordnungen sind feinerzeit vom Plenum dem Haushaltsausschuss überwiesen worden. Die Kommunisten und die Deutschnationalen beantragten feinerzeit die Aufhebung der vierten Notverordnung, die Nationalsozialisten beantragten die Außerkräftsetzung aller Notverordnungen seit Juli 1930.

Jetzt sind unter Fric's Führung die Nazis wieder einmal im Haushaltsausschuss erschienen; sie hatten sich Jahr und Tag um nichts gekümmert und geschlief, wo sachliche Arbeit geleistet wurde. Heute meinen sie wohl, „parlamentarisch“ tätig sein zu müssen. Aber ihre ungewohnte neue Tätigkeit hat sofort zu Schwierigkeiten geführt.

Sie mochten wohl über ihren auf der Tagesordnung stehenden Aufhebungsantrag aller Notverordnungen nicht gern abstimmen, hat doch Hitler feierlich erklärt, daß er, an die Macht gekommen, nicht daran denken würde, die Notverordnungen aufzuheben!

So beantragten sie, über die Notverordnungen zuerst eine allgemeine Aussprache und dann eine Einzelaussprache durchzuführen. Dabei handelt es sich um rund 200 Druckseiten Reichsgesetzblatt! Da aber die Nazis keine sachlichen Änderungsanträge gestellt, sondern nur die Aufhebung aller Notverordnungen verlangt haben, so mißlang ihr Versuch, einige Wochen oder Monate zu reden, ohne Farbe bekennen zu müssen.

Nachdem ein Kommunist und der Deutschnationale herzt ihre Anträge auf Aufhebung der vierten Notverordnung in wenigen Minuten begründet hatten, nahm Fric (Natsoz.) das Wort, um zu erklären, daß mit dem Naziantrag — auch die kommende Notverordnung aufgehoben werde! (Lachen.) Wenn sein Führer Hitler erklärt haben sollte, die Notverordnungen könnten nicht aufgehoben werden, weil sonst Lücken entstünden, so handele es sich noch nicht um einen solchen Teilbestand, deswegen mühten die Notverordnungen jetzt aufgehoben werden, damit die dann entstehenden Lücken gefüllt werden könnten. (Lachen.) Dann sprach noch ein Münchener Nationalsozialist; seine Rede bestand aus fremden Zeitungszitaten und eigenem Unfuss, was sehr laut vorgetragen wurde.

Abg. Reil (Soz.) gab für seine Fraktion über deren Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion trägt für die NotverordnungsPolitik keinerlei Verantwortung. Große Bestandteile der Notverordnungen verstoßen gegen die Anschauungen und Forderungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten werden. Die Fraktion mißbilligt insbesondere die unsozialen Bestimmungen, die den wirtschaftlich schwachen Volksteilen die größten Opfer auferlegen, ihre Lebenshaltung tiefer und tiefer herabdrücken, die Wirtschaft- und Finanzkrise aber nicht überwinden haben. Die völlige Aufhebung der Notverordnungen erscheint der sozialdemokratischen Fraktion nur dann möglich, wenn eine Mehrheit im Reichstage vorhanden ist, die bereit ist, auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung an die Stelle der verfehlten Bestimmungen der Notverordnungen Maßnahmen zu setzen, die den Lebensbedürfnissen der am schwersten betroffenen Volksteile gerecht werden. Gemeinlich mit den Parteien, die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen gestellt haben, ist die Bildung einer solchen Mehrheit nicht möglich. Einzelne dieser Parteien verfolgen im Gegenteil das Ziel, die Sozialleistungen völlig auszuhöheln, die Lücken der Notzeit noch rücksichtslos den Hungernden aufzubürden und darüber hinaus das Volk durch Beseitigung des demokratischen Wahlrechts zu entmündigen. Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht geneigt, diesen Parteien die Erreichung ihrer Ziele zu erleichtern.

Fric (Natsoz.) beantragte, daß auch die vierte Notverordnung und damit über die Aufhebung des Verbots der SA. und SS. abgestimmt werde. Förgler (Komm.) erklärte, seine Fraktion würde für Aufhebung dieses Verbots nicht stimmen. Der Antrag der Nationalsozialisten wurde vom Vorsitzenden Heimann als unzulässig zurückgewiesen. Auch die Deutschnationalen stimmten seiner Auffassung zu. Die Beratungen wurden dann abgebrochen.

Die Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen wird in der nächsten Sitzung, Dienstag, 23. Mai, vormittags, erfolgen.

Bei Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses gab der Regierungsvorsitzer die Erklärung ab, daß einzelne Haushaltspläne schon an den Reichsrat gegangen seien. Der gesamte Haushaltsplan sei noch nicht fertig, weil die Sanierung der Gemeindefinanzen wegen der Belastung durch die Arbeitslosigkeit große Schwierigkeiten mache. Die Reichsregierung hoffe, bis Ende der Woche den gesamten Haushaltsplan fertig zu haben, man sei im Reichskabinett jetzt schon bei der zweiten abschließenden Beratung.

Die Schiffe von Waltershausen

Run Gefängnis für die Hungernden!

Gotha, 23. Mai.

Das Große Schöffengericht in Gotha verhandelte am Montag im Schnellgerichtsverfahren gegen neun Arbeiter, die an den Ernteeisenerarbeiten in Waltershausen teilgenommen haben. Die Anklage lautete auf schweren Aufruhr. Nach gründlicher Verhandlung wurde folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte Willi Hering-Waltershausen wird zu drei Monaten Gefängnis wegen Aufforderung zur Beaufschlagung eines verbotenen Demonstrationsumzuges verurteilt.

Weiter erhielten: die Arbeiter Oskar Weidel, Richard Dreßelmann und Ulwin Creuhburg, sämtlich aus Waltershausen, je acht Monate Gefängnis wegen schweren Aufruhrs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Frau Senfarth-Waltershausen wegen Teilnahme am Aufruhr sechs Monate Gefängnis.

Karl Guljahr wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zwei Monate Gefängnis.

Willi Meißner-Waltershausen wegen Brandbeleidigung zwei Wochen Gefängnis.

Karl Reinhardt-Waltershausen wegen Beamteneleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zwei Monate Gefängnis.

Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Auf Antrag des Staatsanwaltes wurden die Haftbefehle gegen die Beurlaubten Weidel, Dreßelmann und Creuhburg wegen Fluchtverdachts aufrechterhalten.

Bestattung des Todesopfers.

Waltershausen, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Am Montag wurde hier der am Freitag nach einer Demonstrationsversammlung der Wahlhelferwerkskolle von der Landespolizei erschossene Arbeiterkamarade Kaufmann bestattet. Der Friedhof war von der Landespolizei abgesperrt. Zutritt hatten nur die nächsten Verwandten des Toten. Infolgedessen konnten nur etwa 10 Personen an der Trauerfeier teilnehmen.

Landtag erst am Freitag.

Weimar, 23. Mai.

Landtagspräsident von Thüringen hat auf Grund der Anträge, den Thüringischen Landtag wegen der Waltershausener Vorfälle sofort einzuberufen, eine Kabinettsitzung auf Mittwochvormittag angesetzt. Die Sitzung des Plenums wird daher frühestens am Freitag stattfinden können.

Korrektur eines Justizskandals.

Begrüßenswertes Eingreifen des Justizministers.

Wir erhalten die folgende Zuschrift der Justizpressestelle: „An Nr. 151 Ihres Blattes vom 31. März hatten Sie über den Versuch der Vollstreckung einer im Jahre 1923 gegen den Arbeiter D. vom Schöffengericht Osterburg erkannten Gefängnisstrafe im Jahre 1932 berichtet.“

In dieser Nachricht teile ich mit, daß jetzt der preussische Justizminister durch Gnadeneweis dem D. die Strafe erlassen hat. Im übrigen ist die Sachlage in mehreren Punkten anders als sie in dem erwähnten Artikel geschildert ist.

D. ist vom Schöffengericht Osterburg nicht wegen Hehlerei, sondern wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zu 9 Monaten Ge-

fängnis verurteilt worden. Die Vollstreckung dieser Strafe im Jahre 1932 ist zunächst unterblieben, weil D. noch eine andere Strafe zu verbüßen hatte und bei seiner Entlassung aus der Strafanstalt anscheinend die vorerwähnte Strafe nicht notiert war. In der Zwischenzeit konnte die Strafe nicht vollstreckt werden, weil D., der übrigens auch von anderen Gerichten gesucht wurde, seinen Wohnsitz öfter wechselte, ohne sich ordnungsgemäß ab- und anzumelden. Bis zur Zulassung des D. dem Amtsgericht Osterburg bekannt wurde, war dies Gericht zunächst verpflichtet, D. zum Straftritt zu laden.“

Soweit die Zuschrift. Hauptfrage ist: die Strafe, die der Arbeiter D. vor neun Jahren erhalten hat, wird nicht vollstreckt!

Das Hohenzollernwort.

Der Kronprinz will von nichts wissen.

Major a. D. R. Müllner von Mühlheim übergibt der Öffentlichkeit folgenden vom 23. Mai 1932 datierten Brief an den Reichsminister a. D. Solmann:

Sehr geehrter Herr Solmann. Auf Ihren im „Vorwärts“ Nr. 233 vom 20. Mai veröffentlichten Artikel unter der Überschrift „Hohenzollern-Ehrenwort“ habe ich, der ich die Frage der Rückkehr des Kronprinzen verantwortlich bearbeitete, die Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der damaligen Regierung im Reich und in Preußen — zuletzt in der Hauptsache mit dem verstorbenen Reichskanzler Dr. Stresemann — führte und daher die Frage in allen Einzelheiten kenne, lediglich das Folgende zu sagen: Ich habe die entscheidenden Akten und Unterlagen dem bekannten Historiker Herrn Dr. Friedrich Thimme übergeben mit der Bitte, ganz objektiv und unabhängig die notwendigen Feststellungen zu treffen. Diesen Feststellungen des Herrn Dr. Thimme, die in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht werden, haben weder der Kronprinz noch ich irgend etwas hinzuzufügen. Ich beschränke mich lediglich darauf, noch einmal mit aller Bestimmtheit festzustellen, daß der Kronprinz niemals eine Verpflichtung eingegangen ist, sich im Falle seiner Rückkehr der politischen Betätigung zu enthalten, geschweige denn hat er für eine solche Verpflichtung sein Ehrenwort verpflichtet. Eine solche Verpflichtung oder Verpflichtung des Wortes ist auch niemals vom Kronprinzen verlangt und wäre auch niemals übernommen worden. Ich schließe mit der ergebenen Mitteilung, daß ich diesen Brief gleichzeitig der Presse zur Veröffentlichung übergebe. Mit vorzüglicher Hochachtung ergebent gez. Müllner von Mühlheim, Major a. D.

Der römische Gumpf.

Er sinkt gen Himmel!

Weimar, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Die „Röhmerei“ scheint in der Hitler-Partei in Thüringen schon sehr verbreitet zu sein.

In Gera wurde erst vor kurzem der 32jährige Nationalsozialist Jahn vom Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er beim Goutreffen die Nationalsozialisten in Gera, bei dem auch Hitler anwesend war, hinter einer Kofstrommurbude auf dem Schützenplatz, wo das Goutreffen stattfand, sich an einigen Geraer Knaben der Hitler-Jugend schwer vergangen hatte. Ingesamt hat sich Jahn in sieben Fällen an zwei Schülern vergangen, wie vor Gericht festgestellt wurde. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt.

Tenn-Schulz liegt doch. Im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht der Oberleutnant a. D. Paul Schulz eine Berichtigung, wonach die Behauptung der „Münchener Post“ wonach Schulz die gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Münchener Post“, Martin Gruber, wegen des Artikels „Das Braune Haus der Homosexuellen“ erhobene Privatklage zurückgezogen habe, unrichtig ist.

Das Genfer Trauerspiel.

Die Sachverständigen — die größte Gefahr der Abrüstung.

Genf, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Die täglichen Beratungen der technischen Kommissionen der Abrüstungskonferenz zeigen ständig die gleichen Querstreiberien der Militärs gewisser gerüsteter Länder gegen genaue Begriffsbestimmungen für die Angriffswaffen. Lord Cecil beherrschender Spott, daß die Sachverständigen die größte Gefahr für die Abrüstung seien, erweist sich auf Schritt und Tritt nur als zu wahr.

Frankreich hat sich in der Luftkommission eine verdiente faktische Schlappe geholt, als es die Luftwaffe als die gegebenenfalls geeignetste für die eigene Verteidigung bezeichnet wissen wollte. Eine Mehrheit von 20 gegen 17 Stimmen wies diesen Sabotageversuch zurück. Am Montag aber gelang dem französischen Vertreter die Streichung der Formel, in der sämtliche Kampfmittel, die aus der Luft abgeworfen werden, als eine schwere Bedrohung für die Zivilbevölkerung erklärt werden sollten. Es blieb nur die Angabe, daß die am reichsten und mit größtem Aktionsradius wirksamen chemischen hochexplosiven und Brandbomben für die Zivilbevölkerung besonders bedrohlich wären.

Die Landkommission hat am Montag die Beratung des von ihrer Unterkommission aufgestellten Antwortentwurfes zur Bestimmung der Artillerie mit Angriffscharakter abgeschlossen. Der angenommene Entwurf zeigt, daß

überhaupt keine Einigung

erzielt werden noch irgendeine Kasberggröße für ein eventuelles Verbot namhaft gemacht werden konnte. Es werden nur die verschiedenen Auffassungen aus der Debatte aufgezählt.

In der Marinekommission forderte unter Berufung auf den Trianon-Vertrag der Vertreter Ungarns die Bezeichnung der großen Donau-Monitore, die seinem Lande unterstellt sind, als Angriffswaffe. Frankreichs Marineminister Dumont bekämpfte diesen Antrag mit der offenen Begründung, daß die Friedensverträge den besiegten Staaten nicht nur Angriffs-, sondern auch gewisse Verteidigungsmittel unterstellt hätten, z. B. die Festungen im Rheinland, die defensiven Charakter getragen hätten. Der deutsche Vertreter, Vizeadmiral von Freyberg, beicite sich, diese französische Erklärung ausdrücklich zur Kenntnis zu nehmen.

Die Richtigkeit dieser französischen Erklärung ist leider unbestreitbar, sie beweist allerdings nur, daß die Ungleichheit, die die Friedensverträge geschaffen haben, unhaltbar ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für die Siegerstaaten, nicht nur die Angriffswaffen abzuschaffen, sondern auch, wie es übrigens die Züricher Resolution ausdrücklich fordert, in allen anderen Waffengattungen, einschließlich der defensiven Mittel, erhebliche Herabsetzungen vorzunehmen.

China warnt den Völkerbund vor neuem Weltkrieg.

Genf, 23. Mai.

Der japanische Gesandte Yen übermittelte dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm, in dem er darauf aufmerksam gemacht wird, daß die von der japanischen Regierung aus Schanghai zurückgezogenen Truppen sehr zur Bekämpfung der Mandchurerei verwendet würden, obwohl der in der Mandchurerei geschlossene Schienennetz noch immer einen infegricrenden Bestandteil Chinas bilde. Wenn Japan jetzt nicht vom Völkerbund gezwungen werde, endgültig auf alle seine Absichten zu verzichten und sein feindseliges Vorgehen in der Mandchurerei aufzugeben, so müßte mit dem „Ausbruch eines Weltkrieges“ gerechnet werden.

Sowjet-Bürger aus der Mandchurerei ausgewiesen.

Tschangschun, 23. Mai.

Die Regierung Puji hat beschlossen, die Sowjetbürger, die im Gebiet der chinesischen Ostbahn kommunistische Propaganda betreiben, auszuweisen. Da die Sowjetregierung sich weigert, die Regierung Puji anzuerkennen, hat die mandchurische Regierung beschlossen, keine diplomatischen Vertretungen in Rußland zu unterhalten.

Der japanische Befehlshaber General Schirakawa, der beim französischen Bombenattentat in Schanghai vor einigen Wochen schwer verletzt worden war, ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Oesterreich bereitet Moratorium vor.

Weil die Genfer Hilfsaktion zu lange dauert.

Wien, 23. Mai.

Nach Rückkehr des Präsidenten der Nationalbank, Riebenböck, und des Ministerialrates im Finanzministerium, Rizzi, aus Genf fand am Montagmorgen unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dollfuß eine Ministerbesprechung statt. In einer amtlichen Mitteilung hierüber heißt es:

„Da die erwartete Einigung der Mächte in Genf für eine Aktion für Oesterreich möglicherweise länger dauern kann, als dies für Oesterreich tragbar ist, bereitet die Bundesregierung nunmehr eine Verordnung vor, um für den Fall der Devisen Sperre für Auslandsschulden die nötigen Maßnahmen für einen Schilling-Zinsendienst für die Auslandsschulden zu treffen.“

Der Ausdruck „Moratorium“ wird in der Verlautbarung sorgfältig vermieden. Nach dem dem Vizekanzler nachstehenden „Neuen Wiener Extrablatt“ dürfte die Maßnahme so gedacht sein, daß die fälligen Zahlungen aus dem Schilling-Zinsendienst für die Auslandsschuld auf ein internationales Konto bei der Nationalbank erlegt werden, von dem die Zinsempfänger Abhebungen für Inlandszahlungen in Oesterreich machen können.

Neuer Hitler-Rekrut: Putschist Pfrimer.

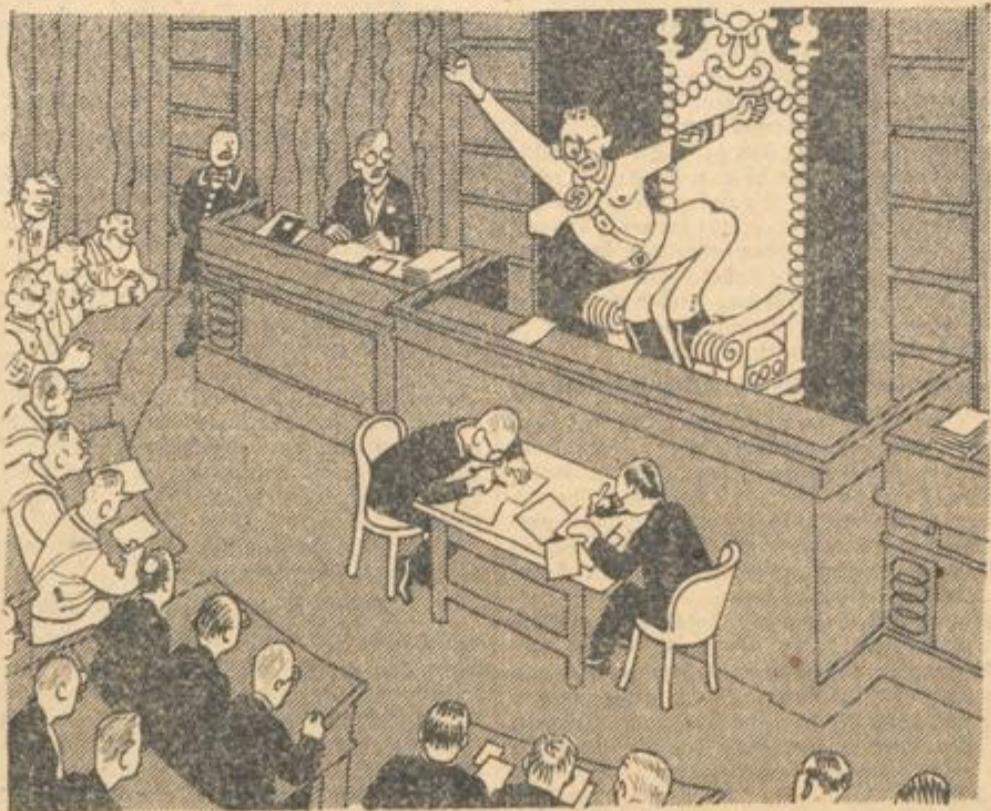
München, 23. Mai. (Eigenbericht.)

Die Heierliche Heimwehr mit dem Putschisten Dr. Pfrimer an der Spitze hat sich unter der Firma „Deutscher Heimatshutverband“ selbständig gemacht, weil die Heimwehr unter Stachemberg durch ihre Koalition mit den Christlich-Sozialen und dem Landbund, die Grundzüge des nationalen Heimatshutgedankens verlassen“ hätte. Gleichzeitig hat sich Pfrimer und sein neuer Bund der politischen Leitung Hitlers unterstellt.

Der Putschist Pfrimer, dessen Aktion im vergangenen Herbst so tapferheit aufgegriffen wurde, daß zunächst alle anderen Heimwehrführer von ihm entsetzt abrückten, war zunächst nach Jugoslawien ausgewandert und hatte dort einen „Kardenzusammenbruch“ erlitten. Er ist dann später durch ein ausgeführtes Schwurgericht in Graz freigesprochen worden. Das ist der richtige Rekrut für die Hitler-Bewegung.

Der Nazi-Präsident.

Der Nazi-Präsident des anhaltinischen Landtags schloß den Vertreter der sozialistischen Presse aus, weil sein Blatt die Nazis angegriffen habe!



„Was sehen meine schönen Augen? Hier sind ja Nazis im Saale! Das ist eine Provokation, die sich die nationalsozialistische Partei nicht bieten lassen kann. Alle sozialdemokratischen Abgeordneten haben sofort den Sitzungssaal zu verlassen!“

Gescheiterte Koalitionsverhandlung

Keine Regierung in Württemberg mit Nationalsozialisten

Die am Montagvormittag unter den bürgerlichen Parteien wieder aufgenommenen Verhandlungen zur Bildung einer parlamentarischen Regierung sind gescheitert, und zwar ist sowohl die sogenannte Große Koalition, die von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum reicht, wie auch die unter Ausschaltung des Zentrums geplante Koalition von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten nicht geblüht.

Zentrum und Demokraten haben sich in den Verhandlungen grundsätzlich bereit erklärt, eine Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten zu bilden. Dabei haben aber beide unabhängig voneinander die Forderung gestellt, daß der Staatspräsident und Innenminister kein Nationalsozialist sein dürfe. Daraufhin wurden die Verhandlungen von den Nationalsozialisten abgebrochen.

Wenn jetzt, wie anzunehmen ist, die Nationalsozialisten bei der

für die Dienstagliche des Landtags vorgezeichneten Wahl des Staatspräsidenten den Versuch machen werden, eine Minderheitsregierung in Gemeinschaft mit Deutschnationalen, Bauernbund und Christlichem Volksdienst zu bilden, so würde, das Einverständnis dieser Parteien damit vorausgesetzt, jetzt die vom Zentrum und den Demokraten aufgeworfene Frage, ob die Wahl des Staatspräsidenten mit nur relativer Mehrheit verfassungsrechtlich überhaupt zulässig ist, entscheidende Bedeutung erlangen. Wird diese Frage verneint, so hätte das zur Folge, daß die Regierung Solz vorläufig im Amt bleibt. Es dürfte höchstens in bezug auf das Kultusministerium eine Wendung eintreten, da gegen ein ferneres Verbleiben des Herrn Bazile auf seinem Posten selbst in den bisher an der Regierung beteiligten Parteien erhebliche Bedenken bestehen. Die Frage, wer bis zur endgültigen Regierungsbildung mit der Wahrnehmung des Amtes des Kultusministers betraut werden dürfte, ist jedoch zur Zeit noch ungeklärt.

Páni Nazi.

Wie Wien ausgenordet wird.

Aus den Kandidaten- und Rednerlisten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Wien hat die Wiener „Arbeiterzeitung“ das folgende Namenverzeichnis zusammengestellt:

Anderka, Bolek, Dobjehal, Dobesch, Drda, Hájek, Hanusch, Harásek, Havelka, Holuschka, Hora, Horschocký, Jalovecziar, Jansa, Jurda, Kalivoda, Kaschparek, Knotek, Kotek, Koup, Kovarschik, Koscheloh, Kufja, Kusischka, Lhota, Matcka, Matula, Michalitsch, Nemetschek, Nesidal, Novotny, Prokesch, Prschikrvi, Reschný, Sedlátschek, Semrád, Schidlo, Skupa, Schjepany, Schtipany, Stano, Soara, Suchánek, Tavs, Tomastik, Trávnitschek, Trepesch, Turek, Uhlík, Vanjek, Vedra, Vlastnik, Vondra, Wiczorek und Zeremuga.

Die Tschechen sind im allgemeinen ein sehr intelligentes Volk, aber Trottel gibt es natürlich bei ihnen auch. Die machen dann in deutschem Nationalsozialismus zwecks Verblödung der deutschen Nation!

Alle Demonstrationen verboten.

Die Anordnungen über Ausnahmen aufgehoben.

In der „Preussischen Gesetzsammlung“ Nr. 28 (S. 191) ist eine Anordnung des Ministers des Innern veröffentlicht, wodurch seine Anordnung über Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel vom 13. April dieses Jahres aufgehoben wird. Von dem Inkrafttreten dieser Anordnung an gelten für Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel ausschließlich die Vorschriften der Anordnung vom 31. Oktober 1931 und des Runderlasses vom gleichen Tage, das heißt, es sind auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Freistaat Preußen bis auf weiteres verboten. Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel können die Regierungspräsidenten, in Berlin der Polizeipräsident, auf mindestens drei Tage vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zulassen.

Naziterror gegen Angestellte.

Arbeitsgericht Köln gegen den Nazigauleiter.

Das Arbeitsgericht Köln fällt am Sonnabend eine grundsätzlich wichtige Entscheidung. Ein Parteiführer von nationalsozialistischen Gewerkschaften in Köln, der seit drei Jahren in der Partei beschäftigt war, wurde fristlos entlassen. Der Gewerkschaftsleiter Gröhe hatte ihn aufgefordert, mit dem früheren nationalsozialistischen Jugendführer Kayser, der wegen der Gründung des Bundes Revolutionärer Jugend (Jungfrun) aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden ist, jegliche Verbindung, d. h. telephonisch, mündlich und schriftlich abzubrechen. Auch dürfe er den Kayser nicht mehr grüßen und mit keinem Parteigenossen

über den Fall Kayser sprechen. Der Kläger lehnte dieses Ansinnen ab, worauf er ohne jede Entschädigung fristlos entlassen wurde. Gröhe wurde verurteilt, 250 Mark Kündigungentschädigung an den Kläger zu zahlen. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß eine Beteiligung an den Bestrebungen Kayfers kein Grund zur fristlosen Entlassung sei. Der Bewußtseinswechsel eines Arbeitnehmers in parteipolitischer Beziehung sei — für sich allein genommen — niemals ein wichtiger Grund zur Entlassung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist. Dies müsse auch gelten für Arbeitnehmer, die bei politischen Parteien im Dienst sind. Allerdings könne in einem solchen Falle der Arbeitgeber verlangen, daß der Arbeitnehmer es unterläßt, während der Dauer seines Dienstverhältnisses in der Öffentlichkeit gegen seine Arbeitgeber aufzutreten.

Naziüberfall auf Sozialdemokraten.

Alter Parteigenosse schwer verletzt — Haupttäter verhaftet.

Frankfurt a. M., 23. Mai. (Eigenbericht.)

Fünfehn junge Nazirohlinge versuchten in der Ruhwald-Siedlung bei Frankfurt a. M. mit Zaunlatten einen feigen Ueberfall auf vier Sozialdemokraten. Ein alter Parteigenosse wurde durch mehrere wuchtige Schläge zu Boden gehauen. Blutüberströmt brach er bewußtlos zusammen. Die feigen Nazis flüchteten darauf. Der Ueberfallene wurde mit einem lebensgefährlichen Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert, wo er das Bewußtsein bisher nicht wiedererlangt hat. Der Haupttäter konnte verhaftet und seiner brutalen Tat überführt werden.

Neuer Rundfunkdirigent.

Eugen Jochum zum Generalmusikdirektor ernannt.

Der bisherige Generalmusikdirektor des Duisburger städtischen Orchesters, Eugen Jochum, der sich vor einigen Tagen den Berlinern mit einem sehr beachtenswerten und sehr beachteten Konzert als Dirigent vorstellte, ist zum Generalmusikdirektor des Berliner Rundfunks ernannt worden. Wenn es in einer Pressemitteilung heißt, es werde daran gedacht, Jochum darüber hinaus für die Städtische Oper zu verpflichten, so entspricht das, wie wir hören, nicht den Tatsachen. Tatsächlich findet Jochum ja auch in der erzieherischen Leitung des Rundfunkorchesters eine Aufgabe vor, die eine ganze Arbeitskraft und eine ganze Persönlichkeit beansprucht.

Im Streit erkrankte wurde der frühere Landeshauptmann des Burgensandes Schreiner (Christl./02.) im Laufe einer heftigen Auseinandersetzung mit einem Arbeiter in seinem Ziegelfeld. Der Täter ist der Bruder eines entlassenen Arbeiters Zeltner; er hat sich selbst gestellt.

Das Sackwunder in Pichelswerder

Auf der Heerstraße, zwischen Reichskanzlerplatz und Spandau, spannt sich eine gewaltige Brücke auf hohem Damm in die Havelinsel Pichelswerder, wo es unter dem alten Urmald spukt. Überall springen muntere halbnackte Jungens und Mädels auf dem grünen Waldboden der alten Fischergegend, und in der Mitte der Insel tanzen die Havelgeister um einen alten Runenstein, den niemand finden kann. Schutzpatron der Insel und oberster Herrenmeister ist der „eiserne Karl“, — das ist ein blauer 77jähriger Heiliger mit einem weißen Schnurrbart, der gegenüber den Charlottenburger Wasserwerken und der toten Spandauer Geschützfabrik ein Bootshaus betreibt, — der hat einen 38 Meter tiefen Brunnen in die Insel gegraben, nur 2 Meter weniger als die Wasserwerke, und kennt sich unter den alten Bootsmannslagen aus.

Auch auf der anderen Seite dieser Inselwelt, nach der Schloßhorner Bucht zu, wo die traurigen Reste der Esbu- und Cobu-Margarinefabrik, vordem eine Brauerei und heute stillgelegt, im Winde hängen, spukt es noch gewaltig. Kaum eine hundertjährige Eiche, die nicht ihren Zettel „Fadellboot zu verkaufen“ auf der trostigen Borke trägt, und auch zu selten der feudalen Segelschiffhäfen und Bootsvillen gehen heute die Waldgespenster um. Mit den hohen Preisen ist es nämlich dieses Jahr Effig, auch „Stöhnen-See in Flammen“ hat dieses Jahr ausgezuckt — und buntes Leben steckt heute nur unter den blühenden Bäumen in den alten Volkskaffeehöfen oder wo es sonst urwüchsig ist. Ein billiges Konditoreischiff mit Groschenbrause, das unter den Badenden anlegt, ein Mädel im blauen Badeanzug mit einem Stand von Gurken, und Nickerlänner, die Drops und den „falten Ruch — ein Hochgenuß“ unter die Zellstadt tragen, das sind heute die richtigen Melodien im Berliner Ausflugsverkehr.

Einstmals waren die Preiswunder von Pichelswerder freilich noch größer — die längst verklungene Anekdote von dem „Sackwunder“ ist sogar literaturfähig geworden. Bevor die großen Brücken über die Havel gebaut wurden, führten nämlich nur „Ueberseger“ auf das fast unbewohnte Eiland — und außerdem gab es noch einen hölzernen Flußübergang, der an einer Stelle, dem sogenannten „Sack“, eine breite Lücke aufwies. An einem schönen Mattag Anno 1807 nun, als die Franzosen in Berlin und nicht zum wenigsten auch auf der Festung Spandau waren und allerlei unkontrollierbare Abenteuer der Geschäfte umliefen, füllte sich dieser „Sack“ urplötzlich mit Erdreich, was als ein großes Mirakulum und schreckliches Vorzeichen bestaunt wurde. Tausende neugierige und wundergläubige Hauptstädter und Spandauer zogen hinaus und sperrten, wenn sie das Teufelswerk sahen, Mund und Nase auf, ja, geheimnisvolle Gerüche, daß unter dem Wasser ein unterirdisches Feuer brenne, oder daß ein geheimnisvoller Schiffer den Sack umgestülpt habe, wurden gelauscht und führten sogar zu gelehrten Auseinandersetzungen und vielen Weissagungen. Der Pichelsdorfsche Krüger hingegen, gegenüber der Havel, wählte den besseren Teil des Wunders, das Geschäft, erhöhte die Flasche Bier auf 4 Groschen und machte sich an den Schaulustigen „gesund“.

Diese wenig bekannte Wundermär hat ein damals in Berlin lebender plattdeutscher Volkspoeet, Wilhelm Bornemann, aus Gardelegen 1766 gebürtig, und Vorläufer der klassischen plattdeutschen Muse, launisch beschrieben. Der fröhliche Chronist war ein

verlaufener Theolog, der wegen Mangel an Pinke und Befürwortung nicht „Zuppendent“ werden konnte, aber als preußischer General-Lotterie-Direktor doch noch ganz gut auf des Lebens Kutschbahn herauskam und dereinst als „Bornemanneken“ dem vor dem korrumpierten Ungewitter geflohenen „König Infinitio“ geheime Papiere nach Remel bringen mußte, später auch für die Majestät einen



Das alte Havelufer bei Pichelsdorf.

großen Pump bei den Londoner Rothschilds aufnahm. Er verkehrte im Kreise von Zelter, dem früheren Maurer und angesehenen Goethe-Freund an der Singakademie, auch turnte er mit, als „Turnvater“ Jahr 1811 seinen ersten „Turnplatz“ in der Hasenheide anlegte, der später, 1816, als der Korse nicht mehr zu fürchten war, mit samt den leinernen Anzügen der Turner als höchst staatsgefährlich verboten wurde. Bornemanneken bedichtete das Pichelswerderische „Sackwunder“ u. a. folgendermaßen:

Vor hätt de Insel Geld mitbracht,
De Pichelsdorfsche Kröger lacht
Recht kobboldmäßig in de Faust,
Dät he oft wy son Koater prauit. —
Beer Groschen — gult de Bulle Beer!
Un doch, wenn am de Hoavel meer
Lo hand nich weft mit gooden Roath,
Verdröft meer alles oahne Gnoad. —

Hieraus erkennt man, daß der Berliner schon vordem in Zweifelsfällen auf Frühlingsausflügen mehr an Nepp und Panak als an Wunder glaubte — und das von Rechts wegen!

Seeausrüstungsgegenständen. Weiter sind hier die Betriebsstoffbehälter untergebracht.

Die ersten Flugversuche des Luftriesen auf dem Bodensee vor etwa 25 Jahren erregten gewaltiges Aufsehen. Für die große Reize, die das Flugzeug über Portugal und die Azoren nach Südamerika und Nordamerika und dann wieder nach Europa zurückzuführen sollte, war es Anfang 1931 fertig. Die Fahrt selbst aber war nicht immer vom Glück begünstigt. Schon in Lissabon gab es einen Unglücksfall, die Fahrt nach den Azoren vollzog sich unter ernststen Schwierigkeiten, und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika richtete ein Brand großen Schaden an. Mit Mut und Zähigkeit hat die Befahrung unter ihrem Führer Christianen alle Widrigkeiten überwunden.

Die Flugroute von der englischen Südküste dürfte voraussichtlich an der deutschen Nordseeküste entlang bis Hamburg führen, von wo aus dann Do. X, dem Laufe der Elbe und Havel folgend, Berlin erreichen will.

Die Absperrungsmaßnahmen der Polizei.

Ueber die Absperrungsmaßnahmen der Polizei auf dem Müggelsee erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Der gesamte südliche Teil des Sees, der für die Landung vorgesehen ist, ist bereits gestern durch eine Markierungslinie gekennzeichnet worden. Vom Restaurant Müggelschloßhöhen geht die Absperrungslinie quer über den See. In großen Abständen sind drei weißgestrichene hohe Pyramidenburgen errichtet und im Wasser verankert worden. Das abgesperrte Seegebiet ist so groß, daß eine gefahrlose Landung des Luftriesen gewährleistet ist. Wie die Polizei mitteilt, gilt der Teil des Sees für sämtliche Fahrzeuge von dem Augenblick an gesperrt, in dem die Boote der Wasserpolyzei innerhalb der Markierungslinie erscheinen.

Do. X heute gegen 16 Uhr in Berlin.

Das Flugzeug Do. X traf am Montag gegen 19.15 Uhr in Southampton ein, wird heute seine Reise fortsetzen und gegen 16 Uhr über Berlin eintreffen.

Neuer Millionenbetrug entdeckt?

Anschuldigungen gegen eine Krankenversicherungs-A. G.

Auf Grund einer Anzeige, die beim Betrugsdezernat der Berliner Kriminalpolizei eingegangen ist, sind gestern mittag der Generaldirektor der Vereinigten Krankenversicherungs A. G. vormalig Gedeveg, Kosmos und Selbsthilfe, Dr. Julius Apelbaum, aus der Kaiserallee, und der Bankier Heinz Borchardt, Mitinhaber einer Bankfirma in der Mittelstraße, vorläufig festgenommen und zur Vernehmung ins Polizeipräsidium gebracht worden. Die gegen sie erstattete Anzeige enthält die schwere Beschuldigung, daß sie in treue zum Schaden der Versicherten begangen haben, und zwar sollen sich die Betrügerereien auf mehrere Millionen Mark erstrecken.

Der Bankier Borchardt gehörte bis zum Jahre 1930 als Aktionär und Aufsichtsrat der Gedeveg an, die später mit der Vereinigten Krankenversicherungs A. G. fusioniert wurde. U. a. wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er die Gedeveg und andere Versicherungsgesellschaften gegründet habe, ohne die Mindesteinzahlung von 25 Proz. des Aktienkapitals vorzunehmen. Die Hauptvorwürfe gehen dahin, daß den Versicherten, die während des Jahres die Versicherung nicht in Anspruch genommen hatten, nicht, wie es statutenmäßig geschehen sollte, bis zu 80 Proz. Prämie als Rückvergütung ausgezahlt worden sein soll. Dr. Borchardt, der jetzt dem Bankhaus Hansmann & v. Zimmermann in der Mittelstraße als Teilhaber angehört, soll zusammen mit Generaldirektor Apelbaum durch verschiedene geschäftliche Manipulationen die tatsächlichen Reingewinne in der Bilanz, viel niedriger angegeben haben, um auf diese Weise die Rückvergütung an die Versicherten zu verringern und die Gelder in zweckwidriger Weise verwenden zu können. Man wirft ihm vor, daß er in etwa vier Jahren über 3 Millionen Mark aus der Gedeveg beiseitegebracht habe.

Von der Vereinigten Krankenversicherungs A. G. wird demgegenüber erklärt, daß die Beschuldigungen auf die Anzeige von zwei entlassenen Angestellten der Bankfirma Borchardt zurückzuführen seien und einen Nachsack darstellten. Die Vernehmung der beiden Beschuldigten hat bisher angesichts des umfangreichen und schwierigen Komplexes der Beschuldigungen noch zu keinen positiven Feststellungen in irgendeiner Richtung geführt, so daß das Ergebnis der weiteren Ermittlungen abgewartet werden muß.

Die Heimkehr des Do. X.

Eintreffen in Berlin heute unwahrscheinlich.

Auf dem Müggelsee sind gestern durch die zuständigen Behörden, vor allem die Wasserpolizei, und die Berliner Vertretung der Dornier-Metalbauern G. m. b. H. alle Vorbereitungen für den Empfang des Do. X getroffen. Entgegen anderslautenden Meldungen wird aber das Flugzeug auf keinen Fall schon heute Vormittag auf dem Müggelsee ankommen. Die endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der Ankunft wird erst nach Rücksprache in Calshot in England, dem Flughafen bei Southampton, getroffen werden.

Nach einer Reise, die länger als ein Jahr dauerte, kehrt der Do. X nach Deutschland zurück. Es wird von Interesse sein, sich einige Zahlen über Ausmaße und Kräfte des Fahrzeuges ins Gedächtnis zu rufen. Do. X besitzt eine Motorenanlage von 12 luftgekühlten Jupiter-Siemens-Motoren mit einer Leistungskraft von rund 6300 PS. Jeder Motor hat 9 sternförmig angeordnete Zylinder, ist 2 zu 1 unterlegt und treibt eine vier-

flügelige Luftschraube an. Die zwei Motoren sind jeweils in einer Gondel zusammengefaßt, die Gondeln selbst sind mit dem Haupttragdeck durch einen Steigbügel verbunden. Weiterhin besteht der größeren Sicherheit wegen zwischen sämtlichen Motorengondeln untereinander eine Verbindung durch einen Hilfsbügel von 30 Quadratmeter Fläche. Der Bootsrumpf faßt 420 Kubikmeter. Besonders große Anforderungen an den Konstrukteur stellte technisch das 490 Quadratmeter Flächeninhalt besitzende Haupttragdeck. Unterhalb des Oberdecks befindet sich in ungefähiger mittlerer Höhe des Rumpfes das 25 Meter lange Hauptdeck zur Aufnahme von Passagieren oder Fracht. Bei einer Mindestnutzlast von 10 Tonnen können auch bei längeren Flügen 100 Passagiere bequem untergebracht werden. Jeder Fluggast kann sogar noch bis zu 25 Kilogramm Gepäck mitnehmen. Das Unterdeck dient zur Aufbewahrung von Gepäck, Vorräten, Ersatzteilen, Werkzeugen und



Unser Dienst am Raucher:

Die Verwendung feinsten aromatischer Tabake

und die gewissenhafte Betreuung durch anerkannte Fachkräfte im ganzen Herstellungsgang

bringt als Ergebnis für

JUNO

höchste Qualität!

Dieses Prinzip können wir aufrechterhalten, weil wir keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien beilegen. Die große Juno-Gemeinde, Millionen Raucher umfassend, anerkennt die Richtigkeit unseres Handelns!



Wie Fürst Lobkowitz stürzte.

Die Darstellung des Bugatti-Fahrers Lewy-Dresden.

Ueber den Hergang des schweren Unglücks auf der Aue, dem Fürst Lobkowitz zum Opfer gefallen ist, liegt jetzt eine Darstellung eines unmittelbar Beteiligten, des Bugatti-Fahrers Lewy-Dresden vor, die von den bisherigen Schilderungen der Augenzeugen abweicht.

Danach hat Lewy etwa vier Kilometer lang andauernd versucht, Lobkowitz zu überholen, der ihm aber immer wieder durch Vorklappen den Weg versperrte. Lewy hat auch durch Handhochheben den Kontrollleuten auf der Rennstrecke zu erkennen gegeben, daß er sich behindert fühle. An der Ueberführung kurz vor dem Forsthaus drängte Lobkowitz den Bugatti Lewy soweit nach links, daß dieser mit dem linken Hinterrad die Betonmauer der Ueberführung streifte, ohne dabei aber Schaden zu nehmen. Im nächsten Augenblick kam dann Lobkowitz, der die kleine Rechtskurve am Forsthaus zu scharf und außerdem auf der linken Seite nahm, ins Schleudern und raste nach links, gerade noch an dem nun gleichfalls nach links auf den Schuttbahnen ausbiegenden Lewy vorbei. Eine Berührung zwischen den beiden Wagen hat nach Aussage des Dresdener Fahrers nicht stattgefunden. Sein Bugatti blieb völlig unbeschädigt, Lewy verlor nur auf der Grasmarke den linken Vorderreifen, schleuderte nach auf die Gegengerade hinüber, konnte aber den Wagen wieder in seine Gewalt bringen und ihn auf den Rasenstreifen zurücksteuern, wo er nach ungefähr 300 Metern zum Stehen kam. Daß die beiden Rennwagen bei dem plötzlichen Herausgleiten von Lobkowitz nach links nicht kollidiert sind, bezeichnet Lewy selbst als ein Wunder.

Im übrigen haben auch tschechische Sachverständige bereits anerkannt, daß das Unglück durch den Fürsten Lobkowitz selbst herbeigeführt worden ist, der die Kurve am Forsthaus nicht richtig nahm. Die Einsegnung der Leiche des Verunglückten findet heute, Dienstag vormittag, im Hildegard-Krankenhaus statt. Im Anschluß daran erfolgt die Ueberführung nach Schloß Klein in der Tscheschowskowitz.

Beweisaufnahme im Felsenack-Prozess.

Polizeibeamte als Zeugen.

Nach vierwöchiger Vernehmung der Angeklagten begann gestern im „Felsenack“-Prozess die Beweisaufnahme, in der etwa 280 Zeugen gehört werden sollen.

Zunächst wurden auf Antrag der Verteidiger fünf Angeklagte, und zwar zwei Nationalsozialisten und drei Bewohner der Kolonie „Felsenack“, aus der Haft entlassen, weil sie dem Schwurgericht der ihnen zur Last gelegten Tat nicht mehr dringend verdächtig erschienen. Als die ersten Polizeibeamten als Zeugen vernommen wurden, stellte der Verteidiger der Kommunisten den Antrag, sämtliche Polizeibeamte unvereidigt zu vernehmen, und zwar wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord oder der Teilnahme am Kaufhandel. Der Verteidiger wies darauf hin, daß bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeigen gegen einige Polizeibeamte, die damals den SA-Zug auf seinem Wege nach der Kolonie „Felsenack“ begleitet hatten, eingegangen wären, und daß das Verfahren gegen diese Beamten bis zur Erledigung dieses Prozesses ausgesetzt worden sei. Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrag, er bestätigte aber, daß gegen sechs Polizeibeamte eine dementsprechende Strafanzeige erstattet worden sei. Das Schwurgericht beschloß, die Frage der Vereidigung der Polizeibeamten von Fall zu Fall zu entscheiden.

Die ersten Polizeibeamten, die über die SA-Verammlung und über den Rückmarsch der Nationalsozialisten unter Begleitung des Ueberfallkommandos vernommen wurden, sind vereidigt worden.

150 000 Tulpen blühen in Warnemünde.

Das schöne Ostseebad Warnemünde prangt zur Zeit im Schmucke von etwa 150 000 Tulpen, die eigener Züchtung entstammen. Der im vergangenen Herbst unternommene züchterische Versuch ist also voll gelungen.

In der nun bald kommenden Rosenzeit werden Frankfurt a. d. O. und Forst l. d. Niederlausitz mit ihrem Rosenzauber brillieren.



Fau Hus. Der letzte Tag

„Mir wär's genug!“ antwortet rotgeworden das Mariele und beißt sich in die Lippen, die bereits so saufen, als ob sie einen Reiß verspürten. Ihre Gedanken kommen nicht mehr von den Rittern los. Das wäre etwas anderes, von solch einem Kerl in den Arm genommen und gedrückt und gewirkt zu werden, als das allabendliche lahme Abgeschleif ihres Herrn Ludwig. Wenn's auch ein hoher Herr ist und ein gutzahlender, einer der fürnehmsten Stützen des Reichs, sie würde ihm gern sein vieles Gemüth, seine Pfalzgraffschaft und seine zahlreichen Lehensgüter, die er ihr jedesmal im Hemd zu Füßen legt, erlösen gegen den Beweis größerer Rüstigkeit. Aber wenn dieser Beschirmer des Konziliums nachts heimkommt, links und rechts stützig unterläßt von Begleitern, den künftigen Schmerzbau voll von schweren Essen und voll von nicht minder schweren Weinen, da bildet er sich wahrhaftig ein, das Lotterbett in seiner Kammer sei nur aufgestellt zum Schlafen. Das Mariele hat nicht umsonst seine Augen im Kopf, wenn sie auch kühl aussehen und grün, wie die von Fischen. Bei den Vergleichen, die diese Augen jetzt ziehn, neigt sich die Schale unmerklich zugunsten der Ritter. Schade nur, daß sie so rasch vorbeigezogen sind!

„Was seufzt du?“ fragt die Apothekersmagd. Statt Bescheid zu geben, seufzt das Mariele gar ein zweites Mal, viel tiefer als zuerst, verschränkt die Hände hinter ihrem Wonden Strohhair und sagt, hingebend die Augen schließend: „Herrgott, was die Kerle doch für ein starks Kreuz hond!“

Die Apothekersmagd lacht. Schallend lacht sie. Wie Silbermühen klattert ihr dieses Lachen aus dem Halse. Lautstimmig, habaha, schließt sich der kleine, dicke Hellebardierer an, der noch immer von Zeit zu Zeit heftig seinen Platz mit Hieben und Stößen verteidigt.

Er wendet sein verschmitztes Aebgesicht den beiden jungen Mägden zu, seine ganze Angriffslust hinaus-schmetternd: „Und unlererins, werde Jungfer? Hat das nicht auch ein ganz schön und starks Kreuz?“

Die Mutter als Giftmörderin.

Lehrerfrau Ziehm in Guben unter Mordanklage.

Vor dem Landgericht Guben begann gestern der sensationelle Prozeß gegen die Lehrersfrau Ziehm und ihre Mutter. Beide sind angeklagt, den achtjährigen Sohn des Lehrers Ziehm, Hansgeorg, vergiftet zu haben; Frau Ziehm außerdem des verübten Mordes an der Frau ihres früheren Geliebten und der Verleitung zum Meicid. Es sind zwölf Verhandlungstage vorgesehen. Das entscheidende Gutachten wird von den Sachverständigen Prof. Brüning und Prof. Müller-Hey erstattet.

Der Lehrer Ziehm hatte seine erste Frau verloren. Um seinen beiden Jungen im Alter von 5 und 7 Jahren eine neue Mutter zu geben, heiratete er die geschiedene Lehrersfrau Weishaupt. Die bewegte Vergangenheit dieser Frau blieb ihm unbekannt. Tochter des Regierungssekretärs Ladewig in Potsdam, glaubte sie sich als junges Mädchen zur Sängerin berufen, unternahm mit Artisten Tournees durch Deutschland, hatte verschiedentlich Liebshafen, von denen eine ihr beinahe eine Anklage eingebracht hätte. Sie schloß auf die Frau ihres Geliebten, eines Gutsbesizers in der Nähe von Potsdam, traf sie nicht, wurde aber selbst von einer Kugel schwer verletzt, als der Geliebte ihr den Revolver aus der Hand zu entwenden versuchte. Eine Anzeige wurde damals nicht erstattet; das Gubener Gericht wird sich aber jetzt mit der Angelegenheit befassen. Auch in ihrer ersten Ehe mit dem Lehrer Weishaupt entging sie nur knapp der Anklage. Der Mann erkrankte eines Tages unter Vergiftungserscheinungen; das Verfahren wegen Körperverletzung gegen die Frau wurde eingestellt. Das war die Mutter der Jungen des Lehrers Ziehm.

Das Eheleben des Lehrerspaars Ziehm schien sich gut anzulassen. Nach außen hin war Frau Ziehm den beiden Knaben eine gute Mutter. In Wirklichkeit waren sie ihr zur Last. Als die Kinder von ihrer verstorbenen Mutter je 2500 Mark erben und für einen Teil dieses Geldes, das der Vater als Vormund zu verwalten hatte, ein Auto gekauft wurde, scheint bei der Stiefmutter der Gedanke Fuß gefaßt zu haben, die Kinder aus der Welt zu schaffen. Eines Tages entstand in Abwesenheit des Vaters und der Stiefmutter um 12 Uhr nachts im Schlafzimmer der Knaben, die eingeschlossen waren, Feuer. Der jüngere Sohn verbrannte in seinem Bettchen, der ältere rettete sich durch einen Sprung aufs Dach. Die Ursache des Brandes konnte nicht festgestellt werden; der Volksmund beschuldigte die Mutter der Brandstiftung. Die Gerüchte waren derart hartnäckig, daß der Lehrer

Ziehm aus Ranzendorf nach Fürstberg verlegt werden mußte. Am Buhtag des Jahres 1931 besah sich die alte Frau Ladewig, die Mutter der Frau Ziehm, zu Besuch bei der Tochter. Als sie mit dieser und ihrem Schwiegerohn kurz nach 12 Uhr nachts nach Hause kam, hat der kleine Hansgeorg, der mit Frau Ladewig in demselben Zimmer schlief, um ein Glas Wasser. Man verweigerte es ihm, die Eltern begaben sich in ihr Zimmer und hörten plötzlich einen gellenden Schrei. Der Vater fand seinen Sohn röchelnd auf dem Bett der Großmutter, sie selbst war nicht im Zimmer. Eine Stunde später starb Hansgeorg. Als am nächsten Tage die Nachbarn bei dem Arzt den Totenschein holen wollten, sagte sie ihm, daß sie unmittelbar vor Ankunft der Frau Ladewig für Frau Ziehm aus der Apotheke chloraures Kali geholt habe. Der Verdacht des Giftmordes lag auf der Hand. Die Untersuchung durch den Kriminalkommissar Trettin förderte aus der Wäsche eine Dose von chloraurem Kali, ein Gefäß und ein Hemd mit Resten von Erbrochenem. Frau Ziehm hatte zwei Tage vorher auch chloraures Kali in der Apotheke besorgt.

Nach dem Tode des Knaben hatte sie Frau Krüger gebeten, nicht zu sagen, daß sie für Frau Ziehm aus der Apotheke in Frankfurt an der Oder das Gift geholt habe. Daher die Anklage auf Verleitung zum Meicid. Prof. Müller-Hey und Prof. Brüning fanden im Körper des toten Kindes chloraures Kali.

Schon der erste Verhandlungstag war voll dramatischer Spannungen. Die dicht gedrängte, hauptsächlich aus Frauen zusammengesetzte Zuhörerschaft beteiligte sich an den Vorgängen im Gerichtssaal mit unterdrückten Ausrufen in einem Maße, daß der Vorsitzende sich genötigt sah, zur Ruhe zu mahnen. Landgerichtsdirektor Dr. Weiß beherrscht den schwierigen Prozeßstoff meisterhaft. Die angeklagte Lehrersfrau Ziehm in schwarz. Ein schmales Gesicht, fest zusammengekniffene Lippen, stehende Augen, viel zu langes, spitz zulaufendes Kinn. Ihre gleichfalls angeklagte Mutter, Frau Ladewig, trotz ihrer 56 Jahre eine immer noch imponierende Erscheinung, viel intelligenter als ihre Tochter. Beide erklären sich für nicht schuldig. Ihre Vernehmung am ersten Verhandlungstag beschäftigte sich mit dem Leben der Frau Ziehm bis zum Augenblick der Tat. Ueber die dramatischen Einzelheiten dieses Verhörs soll noch berichtet werden.

Heute findet Befristung im Rathaus in Fürstberg an der Oder statt.

Zwei Kinder vom Lastauto überfahren!

Folgeschwerer Verkehrsunfall.

An der Ecke Rantewitz- und Dorfstraße in Tempelhof ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Verkehrsunfall, der ein Todesopfer und einen Schwerverletzten forderte. Gegen 16 Uhr wollten zwei Kinder, der zwölfjährige Heinz Knapp aus der Kaiserin-Augusta-Straße 63 in Tempelhof und der 13 Jahre alte Horst Reichelt aus der Friedrich-Franz-Straße 12 in Tempelhof, beim Spielen über den Fahrdamm laufen. Dabei wurden die beiden Kinder von einem Lieferauto erfasst und überfahren. Ueber den kleinen Heinz gingen die Räder des Fahrzeugs so unglücklich hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Sein Spielgefährte wurde schwerverletzt ins Tempelhofer St. Josefs-Krankenhaus gebracht. Vor dem Hause Blücherstr. 16, unweit des holländischen Tores, wurde der siebzehnjährige Schlosser Josef Durynek aus der Snelensaustr. 88 von einer Autodrohke erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Mit schweren Verletzungen fand der junge Mann im Urban-Krankenhaus Aufnahme.

Todesopfer des „wilden Badens“.

Das Baden an den sog. „wilden Badestellen“ hat bereits wieder einige Todesopfer gefordert. Bei Gatow ist in der Havel der 22 Jahre alte Arbeiter Willi Schura aus der Mittelstraße in Luckenwalde ertrunken. Beim Schwimmen im Bickensee ging der 41jährige Arbeiter Wilhelm Bode aus der Antonstraße 5 in Berlin N plötzlich unter und ertrank. Die Leiche wurde

von der Feuerwehr geborgen. — Zwischen Heiligensee und Tegelersee wurde von der Feuerwehr die Leiche eines Mannes, die nur mit einer Badehose bekleidet war, aus der Havel gezogen.

Angestellte als Dahrlehnschwindler.

Sie gaben sich fälschlich als Beamte aus.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Montag den Buchverleger Robert Bed, der als Kanzlist beim Arbeitsamt Berlin-Süd angestellt war, wegen schwerer Urkundenfälschung im Amte und gemeinschaftlichen Betrugs zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus. Sieben weitere auf Privatdienstvertrag angestellte Beamte des Arbeitsamtes Süd wurden zu Gefängnisstrafen von vier bis sieben Monaten verurteilt.

Die Angeklagten, die hart verschuldet waren, versuchten bei einem Darlehensgeber, dem Inhaber eines Kreditinstituts, Kredite aufzunehmen. Dort gaben sie an, daß sie sich im letzten Beamtenverhältnis befänden, da die Kredite nur an Reichsbeamte in untüchtbarer Stellung gegeben wurden. Buchverleger Bed, der die Schreibmaschinenaarbeiten bei dem Arbeitsamt erledigte, fertigte nun seinen Kollegen Bescheinigungen mit Stempel und Dienststempel aus, in denen es hieß, daß die antragstellenden Beamten lebenslanglich als Obersekretäre und Inspektoren angestellt seien. Mit Hilfe dieser Urkundenfälschung gelang es den acht Beamten des Arbeitsamtes Süd, von dem Darlehensgeber 17 000 Mark zu erhalten.

„Doch, ein Landsknecht, der drei Wochen unbeerdigt im Feld liegt.“

„Das ist, was ich hören wollte, Kepka. Genau so hat mich vorhin der Anblick der Deutschherren getroffen, wie der Dunschkreis von hunderten, seit Wochen unbeerdigter Landsknechte. Viele Kübel Blut sind notwendig, bis ich den Geschmack je wieder los werde. Diese Leichname haben unsern Hus mit auf dem Gewissen!“

„Was?“ staunt Kepka. „Die und Hus?“

„Ja, Hus!“ bekräftigt Jizka. Doch er kommt nicht dazu, Kepka und dem von Duba diese kühne Behauptung näher zu erklären und sein Mißfallen über die ihm bis in den Tod verhassten Deutschordner weiterhin auszutrompeten; denn es gibt unerbittlich einen ärgerlichen Zwischenfall.

Eine Schar Kurrendungen, angelockt durch Jizkas laute Rede und das seltsame Gefäß seiner Sprache, umschwärmt die Gruppe der vier Reiter wie ein Haufe stechender Hornissen.

Ursprünglich wollten die Schwarzmantler den fremden Herren ein frommes Lied singen; denn das haben die Jungen längst heraus: die Ausländischen geben schneller und leichter als die Einheimischen.

Nun aber, da sie aus dem ihnen unbekanntem Idiom ein paarmal den verruchten Kegernamen Hus herausgehört haben, knacks, da dreht sich der Schlüsselbart! Aha, die Reiter sind Böhmen. Landsleute des Hus, nun, die sollen's ordentlich besorgt bekommen! Und noch der Weise eines uralten Verratsliedes, das den Führerleuten nachgeschrien wird, wenn einer am Wagen hängt:

„s hodt ein hinte dra,
s ischt en alte Ma!“

hauen sie los mit einem Spottvers, der sicher noch keine Stunde alt ist:

„Böhma Böhma Kegerkop!
Morna brot a Gans im Topf!
Mag si hila, mag si arina,
tätet ollt Keger inal!“

„Verflucht Dehrlein, das klingt nicht angenehm!“ knurrt Jizka, als die Schwarzmanteligen zum dritten Male losgehen. Kepka und Duba sind der gleichen Meinung. Sogar Karel, der bis jetzt in der Entschlossenheit eines Traumes ritt, hängt den Kopf schief und fängt an, diesen Vorstoß in die Wirklichkeit zu begreifen.

(Fortsetzung folgt.)

Dabei stellt er sich hin, wie ein Roland im Brunnen, das Standbein scharf durchgedrückt, das Spielbein lässig gelehrt, die eine Hand in der Hüfte, als sei er ein schmachtender Edelknap, die andere Hand am Schaft der Hellebarde.

Das blonde Mariele aus der Reitnau kriecht dem Stadtknecht tatsächlich auf den Leim. Abschätzend betrachtet sie seine Rückenpartie. Aber von einem schöngeschwungenen Kreuz ist da nichts zu merken. Beim besten Willen nicht. Der kleine, fette Krebs steht in seinem Koller wie gestaut aus.

Das Mariele ist mit seinem Urteil fertig. Mitleidslos, in diesem Punkt ein echter Offizial, stellt sie fest: „Cuereins hat gar kein Kreuz!“

Voller Verachtung klingt das. Der kleine mit der Hellebarde gibt daraufhin seine Paradedarstellung auf und wendet seiner Verurteilerin grinsend die Vorderfront zu: „Was“, kräht er und spielt den Enttäuschten, „unlererins soll kein Kreuz haben? O Jungfer, das ist entweder Unkenntnis unseres Körperbaues oder gemeine Verleumdung. Oder meinst du etwa, wir Stadtknechte haben unseren Hinterten an einem Bindfaden hängen?“

Tolltes Gelächter der Umstehenden belohnt diesen Schallspruch. Die beiden Mägdle werden rot. Die Lachstut legt sie vom Fenster. Sogar Jizka kräuselt für einen Augenblick die Lippen.

Doch schnell ist er wieder ernst. Er hat eine Möglichkeit erpäht, durch die den letzten Wagen ungeordnet nachdrängende Masse vorwärtszukommen. Schnell entschlossen nützt er dies aus.

„Heh, Kepka!“ sagt er, seinen Kappen in Gang bringend, „hast du jemals in deinem Leben eine Ringelnatter gefangen?“

„Das schon. Aber in Zeiten, wo ich noch klein war.“

„Aber du erinnerst dich?“

„Wie heute.“

„Gut!“

„Warum?“

„Nun, was hat so ein Schleichvieh getan, wenn du's im Gariel hochhütelst?“

„Gewöhnlich hat es mit kräftigem Strahl seinen Kot entleert.“

„Der hat lieblich geduftet, was?“

„Das kann ich nicht behaupten. Gestunken hat er!“

„Wie hat er gestunken?“

„Wie die Pest!“

„Gibt's nicht noch was Uergeres?“

Belgiens große Widerstandskraft.

Geringe Zollbelastung der Lebenshaltung macht sich beim Export bezahlt.

Mehr als andere Länder hat sich Belgien von Zwangsmaßnahmen zur Drosselung der Einfuhr ferngehalten; auch hat Belgien nicht wie England und die nordischen Länder den Versuch gemacht, seine industrielle Produktion und seinen Export durch Währungsexperimente zu fördern. Um so interessanter ist es, festzustellen, daß sich bisher die belgische Wirtschaft gegenüber der Krise widerstandsfähiger gezeigt hat als fast alle übrigen europäischen Länder.

Die Landwirtschaft, die in Belgien in der Hauptsache aus Klein- und Mittelbauern besteht, während der Großbetrieb nur eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt, hat infolge des Tiefstandes der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse teilweise stark gelitten, und verschiedentlich sehen sich die Bäcker nicht mehr in der Lage, die Pakzinsen aufzubringen. Bei einigen wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat sich jedoch die Schwärtsbewegung der Preise nicht fortgesetzt (so insbesondere bei Roggen, Gerste und Weizen).

Ein verhältnismäßig günstiges Entwicklungsbild zeigt die Industrie.

Zwar ist die Produktion im allgemeinen zurückgegangen, jedoch in wesentlich geringerem Maße als in den übrigen Industrieländern. Das hängt zweifellos damit zusammen, daß sich die belgische Industrie, von einigen Ausnahmen abgesehen, in den Nachkriegsjahren davor gehütet, hat, ihren Produktionsapparat in ähnlichem Tempo wie andere Länder auszubauen und die Rationalisierungsentwicklung zu überstreifen.

Die Kohlenenerzeugung ging von 2,25 im Monatsdurchschnitt 1930 auf 2,25 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt 1931 zurück und hielt sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1932 auf mehr als 2 Millionen Tonnen. Auch die Entlassungen der Bergarbeiter haben sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen gehalten. Ueber Tage waren 1930 noch 109 000 Arbeiter beschäftigt, 1931 im Durchschnitt 107 000 und in den ersten Monaten des Jahres 1932 noch immer 103 000 bis 104 000. Die Koksenerzeugung ging von 1930 bis 1931 nur um 10 Proz. zurück.

Ende 1930 waren in Belgien 44 Hochöfen in Tätigkeit, Ende 1931 ebenfalls 44, Ende Februar immer noch 43. Die Roheisenerzeugung ging von 283 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1930 auf 269 000 im Monatsdurchschnitt 1931 zurück, die Rohstahlerzeugung in der gleichen Zeit von 273 000 auf 255 000 Tonnen.

Etwas stärker war der Rückgang der Leinen- und Baumwollindustrie, er betrug im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahre nur 10 bis 20 Proz., dagegen ist die Erzeugung der Papierindustrie von 14 400 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1930 auf 14 300 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1931 gestiegen.

Interessant ist auch die Entwicklung des Bahnverkehrs. Der gesamte Frachtverkehr der Nationalen Gesellschaft belgischer Eisenbahnen ging im Jahre 1931 gegenüber dem Jahre 1930 nur

um 10 Proz. zurück. Die Bautätigkeit war in Belgien im Jahre 1931 im Gegensatz zu den meisten übrigen Ländern noch verhältnismäßig lebhaft. Die Zahl der Baugenehmigungen hat sich nur von 13 100 auf 11 400 vermindert.

Im Vergleich zu anderen Ländern ist auch die Arbeitslosigkeit nicht hoch.

Die belgische Arbeitslosenstatistik zeigt, daß sich der Prozentfuß der Vollerwerbslosen von mehr als 9 Proz. Ende 1930 auf 17 Proz. Ende 1931 und der Prozentfuß der Kurzarbeiter in der gleichen Zeit von 17 auf 21 Proz. erhöht haben. All diese Ziffern zeigen, daß auch in Belgien die Krisenwirkungen den Beschäftigungsgrad vermindert haben, doch ist der Produktionsrückgang in allen Zweigen der Industrie viel geringer als anderswo, wahrscheinlich auch geringer als in Frankreich.

Ein interessantes Bild gibt auch der Außenhandel. Die belgische Einfuhr ging von 1930 bis 1931 von 31,0 auf 24,0 Milliarden Franken (1 Franken = 12 Pfennig), die Ausfuhr dagegen nur von 26,2 auf 23,2 Milliarden Franken zurück. Die rückgängigen Außenhandelswerte sind jedoch in der Hauptsache Folgen des Preisrückgangs. Mengemäßig hat sich die Einfuhr um weniger als 10 Proz. vermindert, während die Ausfuhr 1931 mengenmäßig um einige Proz. höher lag als 1930.

Diese Ziffern zeigen, daß die belgische Industrie international in ansehnlichem Maße wettbewerbsfähig geblieben ist, zweifellos eine Folge der verhältnismäßig geringen Belastung der Lebenshaltungskosten und der Einfuhr mit versteuerten Zöllen.

Der verhältnismäßig günstigen Wirtschaftsentwicklung entspricht auch die Entwicklung des Kapitalmarktes. Im Jahre 1931 wurden in Belgien noch 578 neue Gesellschaften mit einem Kapital von 1,4 Milliarden Franken gegründet, 1930 waren es 731 Gesellschaften mit 2,4 Milliarden Franken Kapital. Die Kapitalerhöhungen haben sich von 1930 bis 1931 sogar noch von 2,1 auf 2,2 Milliarden Franken vergrößern können. Eine Anleihe, die der Belgische Staat kürzlich im Betrage von 1 Milliarde Franken auflegte, hatte einen großen Zeichnungserfolg.

Die Statistik der allgemeinen Sparkasse, die unter Staatsgarantie steht, zeigt, daß 1931 noch eine höhere Sparsparaktivität gebracht hat als 1930. Der gesamte Einlagebestand einschließlich der Zinsen betrug Ende 1931 9,3 Milliarden Franken, was für die letzten beiden Jahre einen Zuwachs von fast 4 Milliarden Franken bedeutet. Belgiens Widerstandskraft ist in der Tat ein bedeutendes Phänomen.

Hätten in anderen Ländern Regierungen und Unternehmer wirtschafts- und handelspolitisch ebenso maßvoll gehandelt wie in Belgien, so wären die Krisenwirkungen wahrscheinlich viel weniger schwer.

sicherung so gut abgeschlossen, daß noch erhöhten Abschreibungen und Rückstellungen auf das 4-Millionen-Mark-Kapital wieder 6 Prozent Dividende verteilt werden. Der gesamte Versicherungsbestand ist von 715 auf 604 Millionen Mark zurückgegangen, während die Prämienreserven und Ueberträge aus dem Neugeschäft von 57 auf 68 Millionen Mark stiegen. Die Forderungen an die Iduna-Holding (4,3 Millionen Mark) sind vor allem durch 6,3 Millionen Iduna-Germania-Allgemeine-Aktien gesichert.

Die Loslösung von der Iduna-Holding hat eine ungewöhnliche Folge: da sie ihre Schulden an die beiden Versicherungsgesellschaften nicht zahlen kann, können die verpfändeten Aktien zur Versteigerung. Da zur Zeit keine Interessenten am Kapitalmarkt vorhanden sind, läuft die eine Gesellschaft die Aktien der anderen, so daß sie sich gegenseitig beherrschen. Der Aufsichtsrat hat nun das Stimmrecht für diese Aktien auf einen Treuhänder übertragen, der auch die Rechte der Versicherten wahrnehmen soll.

Für tragbare Mieten.

Eine Entschärfung des Reichsverbandes Deutscher Baugenossenschaften.

Die in Frankfurt a. M. abgehaltene Tagung des Reichsverbandes Deutscher Baugenossenschaften hat den öffentlichen Körperschaften eine Entschärfung überreicht, in der es heißt:

„Die gegenwärtige Not der Wohnungswirtschaft, insbesondere der gemeinnützigen Unternehmen, beruht auf der Erschöpfung der Kaufkraft der Bevölkerung und dem dadurch entstandenen Mißverhältnis zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten. Zum Zwecke der Schaffung tragbarer Mieten müsse gefördert werden, daß die Ausführungsbestimmungen zur Zinsentlastung dahin abzuändern sind, daß die in der Notverordnung angeordnete Zinsentlastung tatsächlich erzielt wird. Die Zinslasten der Wohnungsunternehmen sind herabzusetzen. Insbesondere müssen die gemeindlichen Zuschüsse zur Grundvermögenssteuer aufgehoben werden. Es sind wirksame Schutzparagrafen gegen die Verschleuderung des Hausbesitzes bei Durchführung von Zwangsmaßnahmen zu schaffen. Den sozial Bedrängten sind in Mi- und Wohnraumwohnungen Mieterleichterungen zu gewähren, die in angemessenem Verhältnis zu den von ihnen gezahlten Mieten stehen. Den Spar- und Baugenossenschaften, die durch die Abhebung von Spargeldern in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, ist mit Beschleunigung die Möglichkeit zu verschaffen, gegen angemessene Sicherheit Liquiditätskredite aufzunehmen.“

Die versammelten Vertreter der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wiesen mit Nachdruck auf den Ernst der Lage der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen hin und sprachen die feste Erwartung aus, daß die Reichsregierung und die Regierungen der Länder nicht mehr länger zögern, um die notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung der Not der Wohnungsunternehmen endlich durchzuführen, damit die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ihrer Aufgabe, wünderbewährten Bevölkerungsfreien Wohnungen zu errichten, auch in Zukunft gerecht werden können.“

Riesige amerikanische Goldverluste.

Die Inflationsprojekte haben das Vertrauen erschüttert.

Aus New York wird gemeldet:

In Verfolg der nunmehr seit über einen Monat anhaltenden ausländischen Goldabzüge aus den Vereinigten Staaten hatte Amerika in der letzten Woche einen Rekord an Goldverlusten zu verzeichnen. Die Golddepotir der Vereinigten Staaten sind in der vergangenen Woche gegenüber der Vormoche von 38,19 Millionen auf 70,17 Millionen Dollar oder rund 29,5 Millionen Mark gestiegen. Daraus gingen 27,20 Millionen Dollar nach Holland, 18,04 Millionen Dollar nach der Schweiz, 16,22 Millionen Dollar nach Frankreich, 7,22 Millionen Dollar nach Belgien und 0,89 Millionen Dollar nach Deutschland. Aus den New-Yorker Golddepots ausländischer Zentralnotenbanken, die in der abgelaufenen Woche eine Abnahme um netto 8,51 Millionen Dollar auf 338,70 Millionen Dollar erfuhr, stammte nur ein verhältnismäßig geringer Teil der exportierten Goldmenge. Die Goldzufuhr Amerikas war in der letzten Woche mit insgesamt 4,95 Millionen Dollar nur unwesentlich größer als in der Vormoche. Die Bilanz dieser Goldbewegungen ergibt für Amerika einen Goldverlust von netto 56,71 Millionen Dollar oder rund 238 Millionen Mark in der letzten Woche gegen 25,32 Millionen Dollar in der Vormoche.

Der gesamte Goldverlust der Vereinigten Staaten stellt sich damit in den letzten sechs Wochen auf nicht weniger als 146,73 Millionen Dollar oder auf rund 616 Millionen Mark.

Größere Eisenproduktion im April.

Im April hat sich erstmalig im Verlauf der seit 1929 anhaltenden Eisentriebe eine lebhafte Belebung bei den Stahlwerken durchgezeigt. Bei einer Gesamtproduktion von 520 512 Tonnen Rohstahl stieg die durchschnittliche arbeitstägliche Erzeugung von 17 893 Tonnen im März auf 21 069 Tonnen im April. Die Steigerung der Produktion beträgt demnach mehr als 15 Proz.

Auch in der Erzeugung der deutschen Walzwerke brachte der April eine Besserung. Die Monatsproduktion ist gegen März erheblich, und zwar von 435 239 auf 520 512, die arbeitstägliche von 17 250 auf 20 020 Tonnen gestiegen, gegen 30 880 Tonnen im April vorigen Jahres. Die neuen Kesselaufträge dürften noch keine Rolle gespielt haben, so daß eine gewisse konjunkturelle Besserung (Lagerauffüllung und Erfüllung vorläufig zurückgehaltener Aufträge) wahrscheinlich ist.

Das letzte Reichspostquartal.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht heute ihren Bericht über das vierte Quartal (Januar bis März 1932) des Rechnungsjahres 1931. Der Verkehr ist in allen Verkehrszweigen mit Ausnahme des Wertpapierverkehrs gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat sich um 187 588 auf 4 168 440 erhöht. Darunter waren 356 837 Teilnehmer (Kinder, Schwerkrankenbeschädigte usw.), die von der Zahlung der Gebühren befreit waren. In den Monaten Januar und Februar 1932 haben die Einnahmen der Deutschen Reichspost rund 265 Millionen Mark, die Ausgaben rund 294 Millionen Mark betragen. Der Kassenabluß für März steht noch nicht fest.

Industrielle Großpleite.

Berliner Zellstoffverein zahlungsunfähig.

Der Verein für Zellstoffindustrie A. G., Berlin, der im vergangenen Monat bei Veröffentlichung des Geschäftsabchlusses für 1930/31 bereits einen Verlust von 1,63 Mill. Mark aufwies, hat jetzt seine Zahlungen eingestellt. Die Gesellschaft will bei ihren Gläubigern einen Vergleich erreichen. Zur Zeit sind bereits die Arbeiten für die Aufstellung eines Vermögensstatus im Gange, und die Betriebe werden bei einem verhältnismäßig bescheidenen Auftragsbestande weiter beschäftigt.

Der Verein für Zellstoffindustrie geht in den Jahren der Konjunktur als ein sehr solides und zugleich hoch rentables Unternehmen. In den Jahren 1926/29 zahlte die Gesellschaft Jahr für Jahr 10 Proz. und auch für das erste Krisenjahr 1929/30 noch eine Dividende von 6 Proz. Die monatliche Produktion an Papier erreichte nach 1930 rund eine Million Kilo und die Zellstoffproduktion mehr als das Dreifache. Noch im vergangenen Jahr wurden in dem im Rheinland und in Schlesien gelegenen Betrieben fast 1500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Die Verlustquelle, die den Zusammenbruch dieses bedeutenden Holzunternehmens bewirkt hat, liegt, wie bei vielen anderen Großunternehmen in Deutschland, in einer überspannten Konjunkturpolitik, die von verhängnisvollen Kapitalleistungen begleitet war. So hatte der Zellstoffverein im Jahre 1930 die Kofheimer Cellulose- und Papierfabriken A. G. in Mainz aufgekauft und in den veralteten Betrieben ganz beträchtliche Kapitalien investiert. Der Ausbau der Kofheimer Fabriken war aber erst beendet, als die Krise die Holz- und Papierindustrie schon in vollem Umfange erfaßt hatte. Infolgedessen war an eine auch nur einigermaßen ausreichende Ausnutzung der neuen Werkanlagen überhaupt nicht mehr zu denken. Zur Durchführung der Fusion mit dem Kofheimer Werk und zur Finanzierung des großen Rationalisierungsprogrammes hatte der Zellstoffverein nicht nur kein Kapital von 7 auf 11 Mill. Mark erhöht, sondern darüber hinaus noch zur Beschaffung weiterer flüssiger Mittel eine Obligationenleihe in Höhe von 7 Mill. Mark aufgenommen.

Die Gesamtschulden des Unternehmens erreichen fast 19 Mill. Mark, darunter etwa 3,5 Mill. Mark Bankschulden. Der meistbeteiligte Bankengläubiger ist die Dresdner Bank.

Gegen Betriebsabwanderung ins Ausland.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit:

Die Tatsache, daß in der letzten Zeit verschiedentlich inländische Firmen entweder unter Stilllegung ihrer Betriebe in Deutschland nach dem Ausland abgewandert sind oder einen Teil ihrer Erzeugung dorthin verlagert haben, hat das Reichswirtschaftsministerium neuerdings zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Da im Zusammenhang mit der Gründung einer Produktionsstätte im Ausland regelmäßig Zahlungsmittel ins Ausland verfließen, ausländische Guthaben vermandt, Wertpapiere erworben oder Sockeinlagen eingehbracht werden, ist bei der Durchführung solcher Betriebsverlegungen nach den Denkbestimmungen eine besondere Genehmigung erforderlich. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr angeordnet, daß Anträge auf Entlassung solcher Genehmigungen zunächst in dem Maße für die Entscheidung vorzulegen sind. Ferner werden die Denkschriften in dem Maße für die Entscheidung vorzulegen sind, wenn bekannt geworden ist, daß eine inländische Firma eine Niederlassung

im Auslande gegründet hat, alsbald feststellen, ob die Firma aus Anlaß dieser Gründung gegen die Denkbestimmungen verstoßen hat. Auf diese Weise wird eine schärfere Kontrolle der Abwanderungsercheinungen, die aus allgemein-wirtschaftlichen wie aus handels- und desienpolitischen Gründen unerwünscht sind, ermöglicht.

Was Buchprüfer bei Kreuger liquidieren

Allein 2,5 Mill. Kronen für die englischen Sachverständigen

Nach dem Abschluß der Prüfungsarbeiten durch die Untersuchungskommission hat der schwedische Reichstag jetzt das neue Konkursgesetz, die sogenannte Verg Kreuger, verabschiedet. Danach ist die Konkurserklärung der Kreuger u. Toll A. G. gleichfalls in nächster Zeit zu erwarten.

Es kann nach den bisherigen Ergebnissen der Vermögensprüfung kaum damit gerechnet werden, daß die nichtbenberechtigten Gläubiger eine Quote von mehr als 5 Proz. erhalten. Das Revisionsverfahren und das bevorstehende Konkursverfahren sind mit den außerordentlich hohen Gebührensätzen allerdings auch dazu angetan, die verfügbare Masse erheblich zu verringern. So haben nach Stockholmer Meldungen allein die englischen Buchprüfer von der Firma Price, Waterhouse u. Co. für ihre Revisionsarbeiten eine Rechnung von 2 1/2 Millionen Kronen liquidiert. Berücksichtigt man, daß die Gläubiger den größten Teil ihrer Forderungen auf Rimmerwiederlegen verlieren werden, so erscheinen derartig enorme Summen für die Revisoren und Konkursverwalter als ein wirtschaftlicher Bodensinn. Man sollte aus der Tragis der Konkursabwicklungen bei großen Zusammenbrüchen international die notwendigen Folgerungen ziehen und die Revisionsbestimmungen und Konkursordnungen einer gründlichen Reform unterziehen.

Iduna-Germania-Abschlüsse.

Um die Loslösung von der Holdinggesellschaft.

Die Versicherungsgesellschaften Iduna-Germania Allgemeine Versicherungs A. G. und die Iduna-Germania Lebensversicherungs A. G. legen jetzt die Abschlüsse für das Jahr 1931 vor, die natürlich von den vor einiger Zeit veröffentlichten, vom Reichsaufsichtsamte genehmigten Sanierungsplan stark beeinflusst sind. Dieser Sanierungsplan soll besonders die Loslösung dieser Gesellschaften von den amerikanischen Großaktionären (Koska International Company), die ihre Macht durch die Iduna-Holding A. G. ausüben, sichern.

Die Iduna-Germania Allgemeine hat auf bestimmten Gebieten (Haltlicht-, Diebstahlversicherung) Verluste erlitten, so daß ein Betriebsverlust von 0,47 Millionen Mark eintrat. Durch Erhebung ungünstiger Beträge und die Verschlechterung der Wirtschaftslage ist die Gesamtpremienanleihe von 13,2 auf 11,8 Millionen Mark zurückgegangen. Die Verwaltung der Iduna-Germania Allgemeinen hat jetzt die Vollziehung ihres Kapitals eingefordert, monan fast ausschließlich die Iduna-Holding betroffen wird. Danach wird das Kapital von 10 auf 6 Millionen Mark herabgesetzt, der Buchgewinn (4 Millionen Mark) zu Abschreibungen und Rückstellungen verwendet. Die Forderungen an die Iduna-Holding sind vor allem durch ein Ufand von Iduna-Germania-Lebensaktien gesichert.

Dagegen hat die Iduna-Germania Lebensver-

Der ungetreue Wärter

Eine Erzählung aus dem Gefängnis / Von Henri Barbusse

Nummer eins war dick, Nummer zwei dünn, Nummer drei groß und Nummer vier ganz klein.

Diese vier verschiedenen Nummern des westlichen Hofes, die ebensoviele verschiedene Interpunktionszeichen, hatten das Gemeinsame, daß sie im vorigen Sommer vom Kreisrichter wegen Diebstahls verurteilt worden waren. Aber ihre Reuefähigkeit beschränkte sich auf den Zeitpunkt ihrer Verurteilung: ihre Verbrechen waren ebensoviele verschiedene wie ihre Personen. Die beiden Männer hatten einen Raub verübt, der eine an einem reichen Ausländer, der andere an einer Menge kleiner Leute, und die beiden Frauen hatten die strafbare Handlung im Affekt begangen, die eine aus Liebe, die andere aus Haß. Keiner von ihnen kannte sich die vier nicht, obwohl sie einander so nahe waren. Sie waren ja durch den düsteren Schattens der Wände voneinander getrennt und waren nicht anders Nachbarn als jene, die auf den Friedhöfen nebeneinander wohnen.

Nur einer sah sie alle: der Gefängniswärter, ein unbedeutender, unmerklicher Beamter mit grauem Haar und grauem Gesicht. Sein Hals war so dürr, daß er aus seinem Uniformkragen hervorstach wie ein Stengel aus einem Krummholz, und seine verdorrten Augen lagen tief versenkt unter der hervorstechenden Stirn. Er war früher Matrose gewesen, jetzt war er eigentlich gar nichts mehr, denn sein Geist war nicht imstande, zugleich Gegenwart und Vergangenheit zu umfassen. Seine Lippen waren immer fest geschlossen und seine Züge starr wie eingefrorene Geheimzeichen.

Dennoch stand und bewegte er sich unter den seltsamen vier Besuchern des runden Hofes, die abwechselnd täglich herein- und herausgingen, wie ein Ueberlebender, und er war ja auch tatsächlich die einzige menschliche Kreatur, mit der sie es noch in der Welt zu tun hatten.

Aber er schenkte den vier Ueberlebenden, die einander im Hof abtöteten, keinerlei Beachtung. Nicht nur, daß er nicht mit ihnen sprach, er dachte sich auch nichts, wenn er sie herauskommen und die vorgezeichnete Zeit im Kreise herumgehen sah — wie Zeiger auf einem Zifferblatt.

War sein Geist nicht mehr aufnahmefähig? Nein. Aber vor allem glaubte er, Verurteilte gehören einer verächtlichen Rasse an, die himmelweit verschieden von der anderer Menschen sei. Dieser jahrhundertalte Glaube hatte in ihm die ruhige, stumme, unerklärliche Ablehnung gegen alle jene erzeugt, die den Teufel über die Erbsünde stellen, und die er, seinem Auftrag gemäß, von der Welt entfernt zu halten hatte.

Eines Tages öffnete der Gefängniswärter eine Zelle, aus der sich eine graue Form heraus hob, die anfangs, leicht wie eine Marionette im Kreise herumzufliegen und dann wieder zu zögern schien wie ein Stück Papier im Winde.

Den Gefängniswärter überließ plötzlich ein Schauer, und ein Stechen in den Augen machte ihn fast blind. Die Dinge um ihn her schaukelten und kippeten um...

„Oh, oh!“ stöhnte er.

Seine Finger öffneten sich: das Schlüsselbund entfiel seinen Händen. Der alte Seemann lehnte sich an die Wand. Es gibt aber keinen festen Halt, der dem Sturm standhält, dem man, je länger man lebt, desto reitungsloser entgegensteuert. Er glaubte zu fallen, obwohl er stehen blieb, und obwohl er aus allen Kräften schreien wollte, stöhnte er nur leise.

Der Gefangene trat automatisch seinen Gang an, ohne auch nur den Gefängniswärter zu sehen, und nachdem der vorchriftsmäßige Spaziergang beendet war, kehrte er zurück und verlor wieder in seinen Sog. In dem steinernen Korridor gab es nur noch eine Gestalt, die die Mauer zu stützen schien und deren Hände zuckten.

Endlich kam jemand. Man begriff, daß etwas Ungewöhnliches vorgefallen war. Man hob die Schlüssel auf und prüfte den Inhalt der Zellen. Als man sich dem Wärter näherte, schüttelte der grobe seinen furchtbaren Alpdruck ab. Ganz verduht stammelte er etwas mit schwerer Zunge. Er ließ sich ins Logarrett führen, kaum feiner Füße mächtig.

Ein paar Tage später nahm dieser unmerkliche Beamte, den der Arzt ungeachtet einer allgemeinen Herabminderung seiner Fähigkeiten für völlig hergestellt erklärt hatte — bis der nächste Anfall kommen würde —, sein Amt wieder auf. Niemand hätte die geringste Veränderung an ihm wahrnehmen können.

Niemand aber konnte in ihn hineinschauen. Es gelang ihm nicht, sich völlig von der großen, außergewöhnlichen Erschütterung zu erholen, den Schiffsbruch zu überwinden, der ihn in den Strudel hineingerissen hatte. Die Erinnerung lastete auf ihm, daß er ohnmächtig und wehrlos gewesen und gerettet worden war.

Auch ein paar Fiebergelechte ließen ihn nicht los und drängten sich immer wieder vor seine Augen.

Er hatte sich ganz klein gesehen, so klein, wie er war, ehe er nach Schiffsjunge geworden, ja, noch viel früher. In der Verwirrung, in die sein armes Gehirn geraten war, hatte er in übernatürlicher Entfernung Gesichter gesehen, die sich über ihn drängten...

Auf der Schwelle einer Tür war einmal, viele Male, ein Schatten gewesen, der ihn mit ausgebreiteten Armen empfing. Und in einer Küche war ein Kleid, in dessen Nähe man sich ruhiger fühlte als überall sonst... Vater... Mutter... Sie schienen zu ihm zurückgekehrt zu sein. Und in einer plötzlichen Erleuchtung hatte er sogar eine weibliche Gestalt erblickt, die beinahe ebenso groß wie er selber und die nicht seine Mutter war, die seine Schwester hätte sein können, wenn nicht etwas Kostlicheres und Geheimnisvollereres um sie gewesen wäre...

Überdies vergah er allmählich diese Einzelheiten wieder, die ein Anfall von Irrsinn so geheimnisvoll heraufbeschworen hatte, aber Erklärungen und Unentschiedenheit blieben in ihm zurück. Er hatte eine unklare Empfindung von Dingen, die anders sein könnten, wenn...

Als er wieder einen der Gefangenen nach dem anderen im Kreise herumspazieren ließ, kam es ihm zum ersten Male in den Sinn, sich diese in einem anderen Stimm Ertrunkenen anzusehen. Die Frühlingssonne mochte sich schüchtern über die Gefängnismauer... War es dieses Licht oder sonst ein Wunder — er sah sie plötzlich! Er konnte nicht umhin, ganz schüchtern zu denken, daß die einen Männer, die anderen Frauen gewesen und daß sie es schließlich ja immer noch seien.

Dinge, die er niemals bemerkt, Kleinigkeiten, die er längst vergessen, beschäftigten seine Gedanken. Die Wesen, die er betraute, nahmen eine Form an vor diesem steinernen Gesicht, das eine geheimnisvolle organische Verwirrung aufgesperrt und belebt hatte. Und so wurden sie für ihn immer verschiedener voneinander, immer einfacher und verlässlicher.

Er wollte ihre Namen wissen. Man schrieb sie ihm in der Kanzlei auf. Der Große hieß Rehmer, der Dünne Bazire, die beiden Frauen hießen Popelin und Corbhots. Nun wollte er auch

erfahren, was sie getan hatten. Man sagte es ihm, und er prägte es sich ein. Als er sie dann wieder sah, wunderte er sich über ihr Verhalten, aber er wunderte sich jedesmal ein bißchen weniger. Es ist ja alles in dem großen Melodrama hienieden möglich: er selbst war einmal klein gewesen, hatte sich zwischen halbvergesenen Eltern hin- und herbewegt, die längst tot waren!

Als die größere der beiden Frauen ihre letzte Runde beendete, stellte er sich vor sie hin. Sie hielt inne, richtete sich auf, denn sie ging ihrer hohen Gestalt wegen immer ein wenig gebeugt. Er öffnete den Mund, um sie anzusprechen. Sie zuckte zusammen, als fürchte sie einen Schlag. Ein Zittern überfiel sie, und schreckensbleich, mit vorgestrecktem Hals und lauerndem Blick, starrte sie ihn an... Da er ihr nichts tat, entspannte sich ihr blutleeres, graues Gesicht — und sie lächelte. In diesem Augenblick schlug die Kirchturmuhr die Stunde. Sie bewegte die Lippen und ihre Züge verzerrten sich wieder. Sie atmete tief auf und unterdrückte einen Seufzer... Dann blinzelte sie ihn mit Tränen in den Augen an. Und er fühlte, daß sie wirklich einen Blick ausgetauscht hatten.

Die andere war klein wie ein Spielzeug. Er folgte ihr so aufmerksam mit den Augen, daß sie sich, als sie wieder ins Haus ging, nach ihm umwendete: ihre geröteten Backenknochen und Augenlider hoben sich von der düsteren Gefängnismauer ab — und schienen wie frischgeschlossene Wunden. Es herrschte Schweigen, und

die errötete wohl die Bedeutung des Augenbisses, denn anstatt irgend eine Bemerkung zu machen, sagte sie ganz leise:

„Ich bin Ihnen nicht böse.“

„Oh!“ sagte er.

Sie nickte ihm zu, lächelte, errötete, senkte die Stirn und fügte schließlich noch hinzu:

„Es tut mir leid...“

„Es tut mir auch leid...“ murmelte er vorlegen.

Diese großartigen Worte blieben die einzigen, die sie miteinander sprachen. Denn noch am selben Tage suchten ihn heftige Gewissensqualen heim, und er nahm wieder seine frühere straffere Haltung an. Er verbrachte eine schlaflose Nacht, in der ihn der Gedanke an das, was er getan hatte, folterte.

Er hatte ja seine Pflicht verletzt, hatte sich diesen Elenden genähert, war selbst ein Elender geworden, der den Unterschied zwischen Gut und Böse nicht mehr erkannte, ein Narr, der Unschuld und sogar menschliche Wehlichkeit noch in den Verworrenen suchte!

Er klagte sich an, schlug sich an die Stirn, preßte seine verdorrte Hand an sein Herz, das eine so gloriose Auferstehung feierte... Er warf sich auf seinem Bett hin und her, schalt sich einen Riffelstörer und war völlig außerstande, irgend etwas zu begreifen.

„Ich weiß nichts mehr... Ich kenne mich nicht mehr aus...“

Aber trotz seines Stöhnens konnte er nicht umhin, wie in einer letzten sehnsüchtigen Bitte, die Augen ganz groß in die dunkle Nacht hinein zu öffnen, die ungeachtet aller Befehle so voll von Geheimnissen und von Rätseln ist...

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Lina Freuder.)

Feuerberge rund um die Erde

Eine phantastische, aber reale Skizze / Von Dr. J. Weinberg

Urpflötzlich, sozusagen aus heiterem Himmel, prasselte das Bergwetter in der letzten Woche aus den Anden nieder. Menschen taten, was sie gemeinhin tun, wenn ihnen die sogenannte höhere Gewalt auf den Leib rückt: Sie räumten das Feld, in diesem Falle ihre Häuser, Felder, Fabriken und Kantore — sie flüchteten vor den Bomben, sie suchten ein sicheres Dach vor dem Lapilliregen, in den sich sintflutartige Wassermassen mischten, so, als ob die Bimssteine aus dem Himmel herniederstürzten. Auf den Bergen der flüchtenden kam die Lava, hier zäher, dort mit der Geschwindigkeit eines schnellen Kraftfahrers nachgeschossen. Vor ihr her ging die Feuerwolke, wie einst vor dem Volke Israel in der Wüste; tausend Blitze zuckten aus den Wolken, zehntausend Donner grollten um die Gipfel im Schneemantel und aus den Tiefen der Erde — die Vulkane spien. — Nun — die Weltlage ist auch danach. Aber — ein bißchen plötzlich, ein bißchen viel war's doch auf einmal. Auf eine Länge von 700 Kilometer Hochgebirge (um fast 2000 Meter höher als die Alpen!) verteilten sich die mit einem Male tätigen Vulkane längs der Grenze zwischen Argentinien und Chile — von Patagonien bis etwa 20 Grad südlich der Linie. Und neuerdings hat auch ein japanischer Vulkan (als Werapiti ist er in den Atlanten registriert) sich dem Loben angeschlossen und in Ostasien bebte die Erde.

Drei Dinge sind diesen jetzt eben tätig gemordenen Vulkanen eigen: Einmal sind ihre Namen fast kaum im Atlas zu finden (einzigste Ausnahme gelten!), was nicht gegen die Atlanten, aber sehr gegen die zweite Gemeinsamkeit, die Schreibweise dieser Namen spricht. Wie sie ausgesprochen werden, diese südamerikanischen Vulkanennamen — quien sabe? Wie sie richtig geschrieben werden? Der Teufel weiß es! Manches einer stellt geradezu akrobatische Zungenfertigkeitssprüche. Tinguirica — Descabazado — man braucht schon einige Übung, so etwas auszusprechen! Und ob's ja richtig geschrieben ist — wer möchte das behaupten?

Der Ring um den Stillen Ozean.

Das dritte, das ihnen gemeinsam ist: Sie sitzen alle, man könnte fast sagen, auf einer Linie, im Ring um den ganzen Stillen Ozean herum. (Warum eigentlich „Stillen“ Ozean? So laut wie dort den Vulkanen an seinen Ufern, geht's wirklich an keinem anderen Ozean zu!) Die Geographen kennen heute insgesamt 415 Vulkane auf Erden, die teils seit 180 nach Chr. Geburt tätig, teils seit diesem Zeitpunkt ruhend sind. Von diesen 415 sind 337 (d. h. 81 Proz.) um den Stillen Ozean herum (173 auf der asiatischen, 127 auf der amerikanischen Seite), und mitten drin auch noch 37 zu finden. Die übrigen 88 verteilen sich auf Zentralasien, Afrika, Australien und Europa. Freilich läuft die Kette nicht ununterbrochen um den Stillen Ozean herum. Es gibt dazwischen Fadenstreifen, an denen keine Vulkanpartien aufgereiht sind. Dort sind keine Schollenbrüche und meist Urgestein. Wie Vulkane aber sitzen an oder dicht bei großen Schollenbrüchen, also an Stellen, wo die Erdhülle schwach ist. Und da gibt sie dann dem — aus welchen Gründen ist noch unbekannt — steigenden Druck auf die oder in den Japanestern (so nennt man wissenschaftlich die Vulkanherde) nach, sie platzt, das Blut der Erde — feuerflüssiges Magma tritt in den Mundkanälen nach oben, quillt über den Kraterrand, fließt an den Flanken des Berges abwärts.

In der Nähe des jetzigen Ausbruchgebietes in den Anden ragen die Berge 4000 bis 5000 Meter über den Meeresspiegel empor. Unmittelbar an der Küste aber sinkt das Tiefenlot in den Atacama-Graben bis auf 7635 Meter ab. Also ein Gesamttiefenunterschied von fast 13 Kilometern! Wenn man die Atacama-Graben mit einbezogen wolle, wären es 14,635 Kilometer. Und ähnlich verhält es sich an den japanischen Küsten und in der Südr. Dort sind Meerestiefen von 8513 (sog. Japanische) im Marianen-Graben sogar 9636 Meter erlosene worden. Der ganze Stillen Ozean ist also eine große, große Mulde, deren Ränder von Ostasien, Nord- und Südamerika und zum Teil dem indischen Archipel gebildet werden. Ob der Boden dieser Mulde ein Stück verfunter Kontinent ist, ob er also durch das Absinken einer Erdhülle entstanden ist, das weiß man heute noch nicht genau. Aber das weiß man, daß an seinen Rändern die Erdhülle sehr dünn ist, daß deshalb dort die meisten Vulkane sitzen müssen.

Freilich gibt es auch auf den Festländern Feuerberge, z. B. in der Wandshurei (Wum-holdong), etwa 800 Kilometer vom Meer entfernt, in Afrika (Kirunga) — nördlich vom Äquator —, Telexi — am Rudoiffes. Die Vulkane sind eben auch an schwachen Stellen der Erdhülle durchgebrochen (afrikanischer Graben!). Man könnte auch die im Stillen Ozean verteilten Feuerberge als Festlandsvulkane betrachten (wenigstens vorerst noch), weil sie direkt aus dem Meeresboden aufwachsen. Ein Beispiel ist dafür das anonsiduffende, schlagerumflungene Hawaii mit dem Mauna Loa, dem Mauna Kea und dem pulsierenden Holanaumaua-Feuerberg oder Montagne Pelée auf Martinique und die Nachbarninsel St. Vincent. Wir wissen allerdings noch nicht, ob die Inselvulkane nicht doch am Meeresgrund auf Grabenbruchspalten aufstiegen. Und ein besonderes Kapitel wären auch die Mittelmeer-Vulkane, also der Ätna, Vesuv, Stromboli, Santorin, die phlegäischen

Felder usw. Freilich scheinen auch sie mit Bruchspalten zusammenzuhängen. Denn die Auffaltung der Alpen erfolgte, wie auch jene der Anden im Tertiär und unter ähnlichen Bedingungen.

Eine unruhige Erdzeit.

Dieses Tertiär war überhaupt eine unruhige Erdzeit. Überall folgten sich aus dem Schoße der Erde neue Gebirge auf: In einer Linie gehts von den Pyrenäen über die Alpen (mit dem Appenninuskamm) über den Kaukasus bis hinüber zum Himalaya. Natürlich nicht alles in der gleichen Minute, aber doch im gleichen Erdalter. Und nirgends, wo diese jungen Gebirge stehen, fehlen die Vulkane. Denn überall gab's Brüche, Spalten, Senkungen, Verwerfungen, Hebungen, mit einem Worte: Schollenverlagerungen in ganz großem Ausmaße.

Dennoch wäre es falsch, anzunehmen, daß diese vulkanischen Kräfte diese Auffaltungen bewirkt hätten. Die im Gleichgewicht gestörten Schollen und Tafeln suchten wieder zum Ausgleich zu kommen. Es ist sogar zweifelhaft, ob die Vulkane dabei wirklich mitgeholfen haben. So, wie wenn sie gewissermaßen durch die Schrumpfung der Erde irgendeinen Druck empfunden und diesen ihrerseits weitergegeben hätten. Wie falsch diese Meinung ist, leuchtet sofort ein, wenn wir folgende Erwägung anstellen: Denken wir uns einen Globus mit 12,6 Meter Durchmesser. Da die wirkliche Erdoberfläche 12.600.000 Kilometer Durchmesser hat, würde sich dieser nachgedachte Globus zu ihr wie 1:12.600.000 verhalten. 1 Kilometer gleich 1000 Meter wären dann 1 Millimeter auf der nachgedachten Erdoberfläche. Der höchste Berg (Mount Everest) wäre dann 8,8 Millimeter hoch — auf einem Globus mit 12,6 Meter Durchmesser kaum zu spüren. Wievielteil kaum auffallend! (Wenn man dem Globus nur 1,26 Meter Durchmesser gäbe, dann wäre es überhaupt aus mit irgendeiner Wahrnehmung der Gebirge oder Meere. Denn unsere Alpen wären dann nur noch ein Drittel bis ein Halb Millimeter hoch!) Und die tiefste Meerestiefe — unvorstellbar für uns in Wirklichkeit! — wäre noch nicht einen Zentimeter tief auf dem 12,6-Meter-Globus!

Wenn die Schrumpfungstheorie recht hätte, dann müßte die Erde bei der tiefen Weltraumtemperatur einerseits und bei dem hohen Alter andererseits runzeln und Falten non ganz anderen Ausmaßen haben. Ernsthaft kann bei diesen Millimeter tiefen Kratern oder Erhebungen nicht von Schrumpfungsfalten gesprochen werden. Wir Menschen nehmen bloß alles zu mächtig! Sogar uns selbst! Und dabei wäre unser 200 Meter hoher Eifelturm, das imposanteste Bauwerk von Menschenhand, schon auf dem 12,6-Meter-Globus nur mehr ein 0,3 Millimeter — null Komma drei Millimeter! — hoher Müdenstufengang — also von einer ganz, ganz kleinen, ganz haarfeibigen Mücke!

Diese großartigen Gebirgsfalten (mit Menschenmaß gemessen) sind also die Ergebnisse von Schollenverlagerungen. Die äußerste Erdoberfläche (Si-M — Silicium-Aluminium-Schicht — gehäufig) ist ein wenig aus dem Gleichgewicht geraten und da hat's ein paar Falten darauf gegeben, so, wie wenn ein Mensch lacht oder die Stirne runzelt.

In der Permzeit wars noch schlimmer!

Das ist auch schon früher einmal der Fall gewesen, lange, lange vor dem Tertiär. So im Altertum der Erdgeschichte. Wenn nennt der Geologe jene Zeit. Und die Folgen dieser Schollenverlagerungen waren dann ganz, ganz großartige Gebirge, deren Kette wir heute in den deutschen Mittelgebirgen, im Harz, Thüringer Wald, Eifel, dann im Böhmer Wald, Fichtelgebirge usw. noch sehen und lieben. Es müssen mächtige Aufwölbungen gewesen sein, weil heute, trotz der jahrhundertlangen Gabelarbeit von Wasser und Wind noch ganz respektable Berge davon übrig sind. Auch diese Haltung ging — die Erde denkt in Kontinenten wie wir Menschen in Quadratmetern — über ganz Europa und natürlich, soweit es damals Land gab, auch über Asien hin. Etwaiger Meeresebenen wurde mitgefaltet. Vulkane gab es damals in Masse! So prächtig, so gewaltig, so himmelhoch wie nie mehr seitdem. Auch Deutschland war damals mit einigen Tausenden davon geschnitten. Der Jura wäre heute noch wie eine Stieflatte durchlöchert, wenn man die jüngeren Sedimente aus all seinen Kraterschlünden herauskratzen könnte. Und die Eifel nicht minder. Im Hegau, in Hellen, im Westerwald, im Taunus in den Dolomiten, um Bogen herum, in Röhmen — überall lagte, glühte, brodelte Lava, zog in zähen, breiten Strömen talwärts, und darüber bligte und donnerte es. Waldenregen wechselte mit sintflutartigen Wasserniederbrüchen, des Nachts stiegen aus zahlreichen Kegelnbergen die heuchelnden Wolfenpinien über den Gipfel empor.

Freilich — das war einmal! Heute ist von all dem nicht einmal mehr eine Reminiscenz vorhanden. Und das einzige, was die degenerierten Vulkanenkel heute noch dürfen, ist: Vorbild für Sektorswässer abgeben oder sich um die Feitjahrebrünge und die Bräutigamsbräutigam der Marie Theresen der Kuräfte bemühen. Aus den Generaldirektoren der mitteleuropäischen Länder sind die Hausfreunde des Fremdenverkehrs geworden. Sie transit... (Schluß folgt.)